Sicherheit Schweiz
2015

Inhaltsverzeichnis

Freiheit sichern 5

Der Lagebericht in Kürze 7

Strategisches Umfeld im Wandel 11

Schwerpunkt: Terrorismus 19

Religiös und ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus 29

Rechts-, Links- und Tierrechtextremismus 43

Proliferation 55

Verbotener Nachrichtendienst und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen 63

Abkürzungsverzeichnis 73

Freiheit sichern

Die Terroranschläge von Paris und Kopenhagen zu Beginn dieses Jahres haben den europäischen Ländern zweierlei aufgezeigt: Erstens hat der dschihadistische Kampf das Potenzial, auch Menschen bei uns konkret und überraschend zu bedrohen, und zweitens können auch Staaten mit stark ausgebauten rechtlichen und personellen Möglichkeiten nicht alle terroristischen Aktivitäten frühzeitig erkennen und verhindern.

Beides ist Anlass, darüber nachzudenken, wie wir mit diesen Erkenntnissen umgehen und welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

Zur Bedrohung ist zu sagen, dass wir sie nur im Verbund mit anderen Betroffenen reduzieren können. Darunter sind gerade auch die Länder zu zählen, in denen der Dschihadismus grassiert, und es sind insbesondere die Muslime dazu zu zählen, die besonders unter ihren kriminellen Glaubensbrüdern leiden. Sie spielen eine wichtige Rolle dabei, Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Sie können dafür sorgen, dass Radikalisierungen unterbunden werden. Die westlichen Gesellschaften, aber auch die muslimischen Länder werden deshalb in den nächsten Jahren Strategien entwickeln müssen, um gemeinsam die Radikalisierung zu stoppen und einen aufgeklärten Islam zu fördern.

Gleichzeitig müssen wir die Freiheiten unserer Gesellschaften sowohl gegen fanatische Mörder als auch gegen übermässige Einschränkungen durch Sicherheitsmassnahmen schützen. Gerade letzteres gehört zur Strategie des Terrors: Die Regierungen sollen durch Gewaltanwendung dazu gebracht werden, so massive Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen, dass sich letztlich die Bevölkerungen gegen sie wenden.

Wer dabei nun an die moderaten und demokratisch und richterlich kontrollierten Massnahmen des neuen Nachrichtendienstgesetzes denkt, liegt indessen falsch. Sie stellen zwar für die Schweiz eine neue Entwicklung dar, sind aber im internationalen Vergleich, vor allem auch mit den europäischen Ländern, längst Standard. Sie erhöhen auf verantwortungsvolle Weise die Möglichkeiten, terroristische und andere die Sicherheit bedrohende Umtriebe frühzeitig erkennen und aufklären zu können, ohne in die Freiheitsrechte des weitaus grössten Teils der Bevölkerung einzugreifen. Sie werden auch wie in anderen Ländern Lücken offen lassen, durch die geschickte Terroristen oder nachrichtendienstliche Agenten auch in Zukunft noch werden schlüpfen können. Aber sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, erkannt zu werden, und erschweren die Vorbereitungen von sicherheitsbedrohenden Taten.

Ich überlasse es deshalb den Leserinnen und Lesern des Lageberichts, ob sie den Titel dieses Vorworts – „Freiheit sichern“ – als Aufruf mit Ausrufezeichen, als Frage mit Fragezeichen oder als Feststellung mit einem Punkt interpretieren wollen. Klar scheint mir allerdings, dass wir im Kampf gegen Bedrohungen der inneren und äussern Sicherheit möglichst oft Erfolg haben wollen. Zum Schutz von uns allen.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Ueli Maurer
Bundesrat

Der Lagebericht in Kürze

Wie sicher ist die Schweiz? Von wem werden wir bedroht und wodurch gefährdet? Mit welchen Themen sollten sich die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz diesbezüglich auseinandersetzen? Der Lageradar des NDB bietet für diese Fragen einen Überblick aus sicherheitspolitischer Sicht; er zeigt aus der nachrichtendienstlichen Optik, was die Schweiz im Bereich Sicherheit derzeit beschäftigt.

- Der Konflikt in der Ukraine ist Ausdruck einer neuen Phase des historisch verwurzelten Ost-West-Konflikts. Diese neue Phase wird die sicherheitspolitische Landschaft Europas dauerhaft verändern. Eine Ära, in der sich in Europa zwischenstaatliche Konflikte zurückbildeten, ist zu Ende gegangen, und eine neue Ära strategischer Konfrontation auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene hat begonnen.

- In der südlichen Nachbarschaft Europas ist der Ausgang des mit dem arabischen Frühling eingeläuteten Umbruchs nach wie vor offen. Verschiedene Zentralstaaten haben Mühe, sich zu behaupten, ausgedehnte Gebiete entgleiten staatlicher Kontrolle. Das wahrscheinlichste Szenario im Irak und in Syrien ist die Fortsetzung des Kampfs zwischen der Terrorgruppierung „Islamischer Staat“ und ihren Gegnern, im Verlaufe dessen der „Islamische Staat“ sein Territorium konsolidiert.

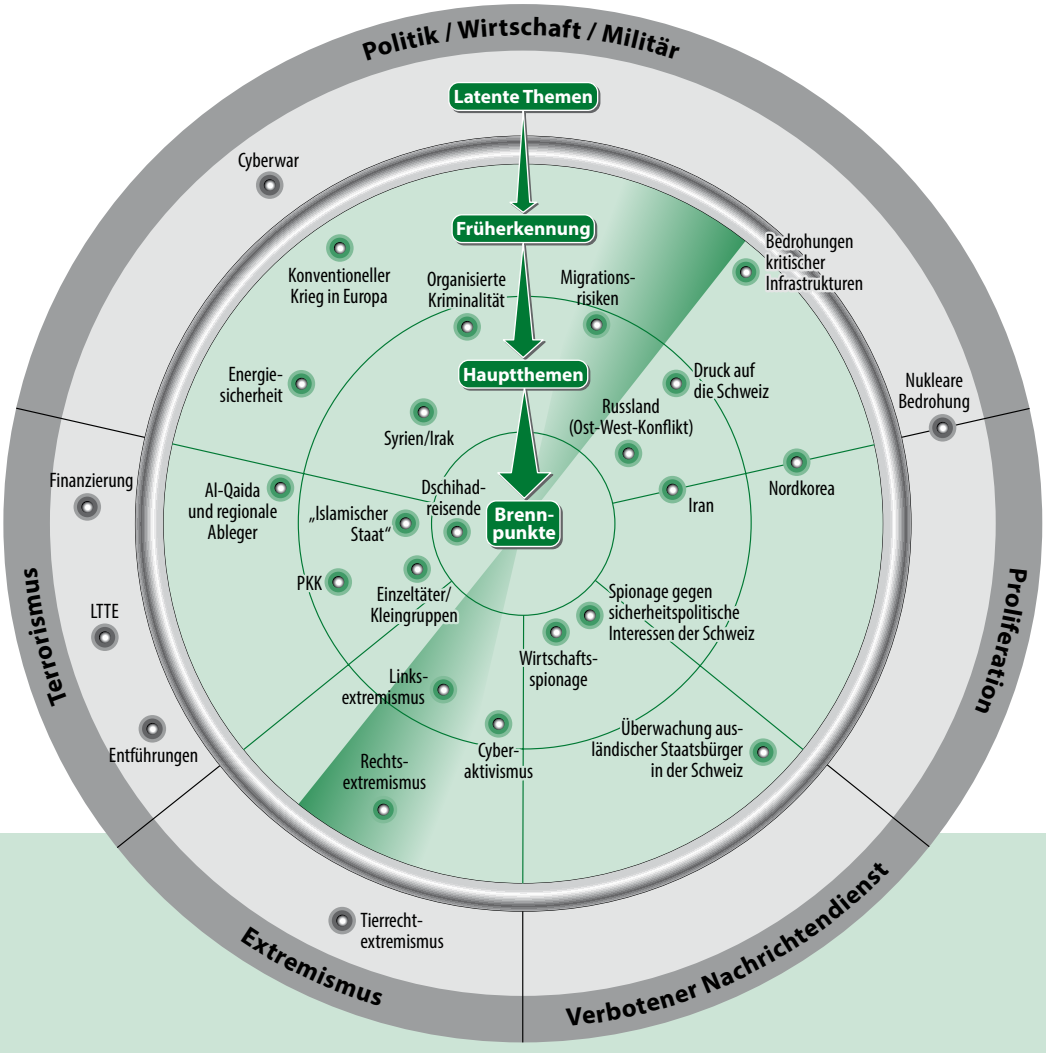
- Mit der Terrorgruppierung „Islamischer Staat“ im Irak und in Syrien ist ein dschihadistischer Akteur in Erscheinung getreten, der mit seinen militärischen Erfolgen, seinem brutalen Vorgehen, einer professionellen medialen Darstellung und seiner hieraus folgenden Attraktivität und Mobilisierungskraft in dschihadistischen Kreisen die westliche Öffentlichkeit aufgeschreckt hat. Er macht der Kern-al-Qaida die Führungsrolle in der dschihadistischen Bewegung streitig. Diese Konkurrenzsituation erhöht das Risiko von – möglichst spektakulären – Anschlägen auch im Westen. Das Risiko von Anschlägen im Westen steigt auch durch die Zunahme des Phänomens von indoktrinierten, ausgebildeten und kampferfahrenen Rückkehrern aus Dschihadgebieten, ebenso wie durch (aus der Ferne) radikalisierte Einzeltäter oder Kleingruppen. Die Schweiz steht zwar nicht im direkten Fokus dschihadistischer Gruppierungen, bleibt aber als Teil des europäischen Gefährdungsraums bedroht. Die derzeit grösste terroristische Bedrohung geht von Einzeltätern und Kleingruppen aus.

- Verbotener Nachrichtendienst wird weiterhin auch in der Schweiz betrieben. Er hat – wie die Erkenntnisse aus der Snowden-Affäre belegen – im Bereich Informationssicherheit eine neue Dimension erreicht, der sich auch die Schweiz nicht entziehen kann.

- Proliferation bleibt eines der grossen Problemfelder unserer Zeit. Weiter bleibt offen, ob die Chance auf ein umfassendes Abkommen mit Iran genutzt werden kann; ein nuklear bewaffneter Iran würde das Fundament internationaler Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation weiter erschüttern und könnte den regionalen Rüstungswettlauf auch im Bereich konventioneller Waffen intensivieren.
- Die Lage in den Bereichen Rechts-, Links- und Tierrechtextremismus und dem ethnonationalistisch motivierten Terrorismus und Gewaltextremismus entspannt sich seit einiger Zeit. Das Gewaltpotenzial dieser Gruppierungen bleibt jedoch bestehen und Gewalt kann gegebenenfalls rasch ausgeübt werden, insbesondere als Reaktion auf Ereignisse.
- Insgesamt sind die Herausforderungen für die sicherheitspolitischen Organe in der Schweiz noch einmal komplexer geworden. Dies gilt für die Nachrichtendienste ebenso wie für die Polizei-, Straf- und Grenzbehörden und für den Bevölkerungsschutz. Für die Armee verkürzen sich tendenziell die bisher stabilen langen Vorwarnzeiten.

Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Punkten „Migrationsrisiken" und „organisierte Kriminalität". Auf diese beiden Punkte wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.


Politik / Wirtschaft / Militär
Latente Themen
Früherkennung
Haupttthemen
Brenn-
punkte
Cyberwar
Konventioneller
Krieg in Europa
Organisierte
Kriminalität
Migrations-
risiken
Bedrohungen
kritischer
Infrastrukturen
Energie-
sicherheit
Druck auf
die Schweiz
Russland
(Ost-West-Konflikt)
Syrien/Irak
Nukleare
Bedrohung
Finanzierung
Al-Qaida
und regionale
Ableger
Dschihad-
reisende
„Islamischer
Staat"
Iran
Nordkorea
PKK
Einzeltäter/
Kleingruppen
LTTE
Spionage gegen
sicherheitspolitische
Interessen der Schweiz
Wirtschafts-
spionage
Links-
extremismus
Entführungen
Cyber-
aktivismus
Überwachung aus-
ländischer Staatsbürger
in der Schweiz
Rechts-
extremismus
Tierrecht-
extremismus
Terrorismus
Proliferation
Extremismus
Verbotener Nachrichtendienst

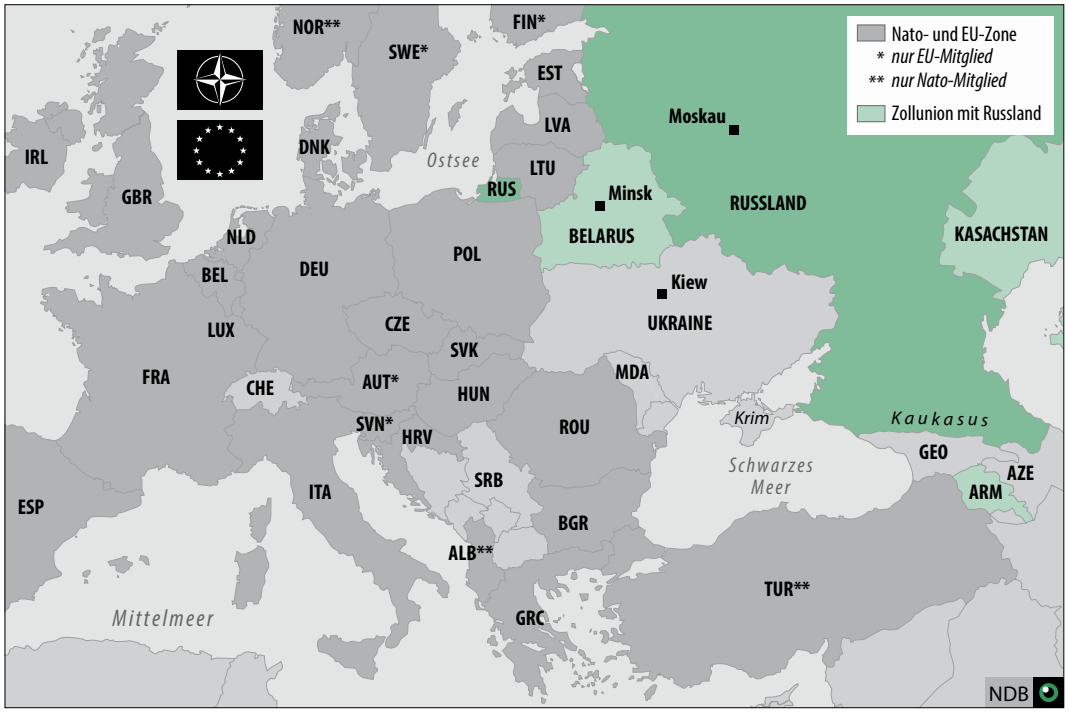
Strategisches Umfeld im Wandel

Das strategische Umfeld der Schweiz ist bereits seit einigen Jahren im Wandel und nun in eine neue Phase eingetreten. Der Krieg in der Ukraine ist ein Hinweis darauf, dass sich die sicherheitspolitische Landschaft Europas dauerhaft verändert. Darüber hinaus bleiben die nach wie vor schwierig vorhersehbaren Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten eine grosse Herausforderung.

Neue Phase des Ost-West-Konflikts

Obgleich als Krise seit vielen Jahren angelegt, ist die Ukraine innert weniger als zwei Jahren vom Mitorganisator der Fussballeuropameisterschaft 2012 zum Kriegsgebiet geworden, zu einem Land, dessen territoriale Integrität verletzt wurde und das am Rand der Spaltung steht. Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass Russland eine vor 25 Jahren erlittene, als nationale Katastrophe empfundene Schwächephase überwunden hat, sich bewusst als eine vom westeuropäischen Bezugsrahmen separate Grösse definiert und die gegenwärtige Machtverteilung in Europa nicht akzeptiert. Die heftige Reaktion auf den Machtwechsel in Kiew verdeutlicht, dass Russland die Ukraine als zentralen Schauplatz eines Ringens mit dem Westen um Einflusszonen versteht. Umgekehrt beginnt sich im Westen Widerstand gegen die Ausdehnung des russischen Einflusses zu regen. Damit sind die Grundlagen für eine neue Phase des historisch verwurzelten Ost-West-Konflikts auf dem europäischen Kontinent gelegt worden.

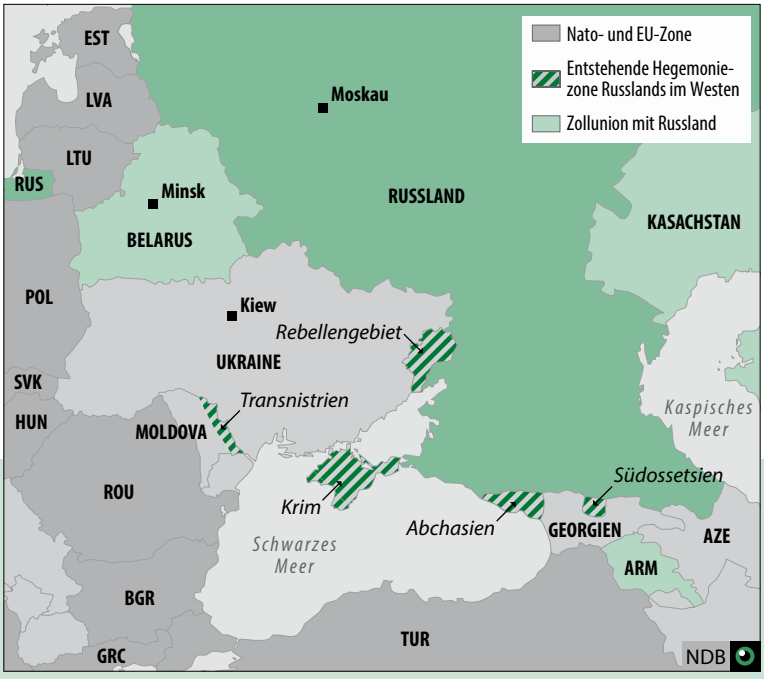
Die Ausdehnung des russischen Einflusses lässt sich seit einigen Jahren deutlich feststellen. Wie der NDB bereits in seinem Bericht „Sicherheit Schweiz“ 2013 festhielt, ist es Russland gelungen, die Osterweiterungen der EU und der Nato zu stoppen und die Dynamik in den westlichen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu seinen Gunsten zu verändern. In der Ukraine wird dieser Ost-West-Konflikt seit der Annexion der Krim und der Unterzeichnung eines ersten Teils eines Assoziierungsabkommens mit der EU im März 2014 mit Waffengewalt ausgetragen.



Seit der programmatischen Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und dem Georgienkrieg 2008 sind wesentliche Schritte Russlands zur Verstärkung seines Einflusses in Osteuropa erfolgt. 2010 erzielte es mit dem Beitritt von Belarus zur Zollunion mit Russland und Kasachstan einen Durchbruch. 2012 förderte es in Georgien die Wahl des Oligarchen Bidsina Iwanischwili, der russischen Interessen gegenüber offen ist und bis heute seinen Einfluss auf die georgische Politik geltend macht. 2013 drängte russischer Druck Armenien in die Zollunion und hielt auch die Ukraine unter Präsident Wiktor Janukowitsch von der Unterzeichnung eines EU-Assoziierungsabkommens ab. Das wachsende strategische Gewicht Russlands manifestiert sich darüber hinaus in der Expansion unter anderem der russischen Energiekonzerne und Finanzinstitute sowie im Aufbau leistungsfähiger Streitkräfte. Diese können, wie im Fall der Südostukraine zu beobachten, heute auch im nahen Ausland effizient und kontrolliert eingesetzt werden.

Langfristig wirksame Veränderungen in Europa

Die Erstarkung Russlands auf dem europäischen Kontinent ist ein langfristig wirksamer Prozess. Der Kern des russischen Machtapparats, den Putin mit einem kleinen Kreis Vertrauter in den vergangenen 15 Jahren aufgebaut hat, ist sehr solid. Die mittelständische Oppositionsbewegung, die Ende 2011 in den Strassen einiger russischer Grossstädte demonstrierte, ist eingedämmt, und die Zentralisierung des Systems sowie die internen Kontrollen werden laufend verstärkt. Zudem ist die Machtpolitik der russischen Führung in Europa in der breiteren Bevölkerung durchaus akzeptiert. Die russische Wirtschaft wird zwar durch die westlichen Sanktionen und mehr noch die stark gesunkenen Ölpreise zusätzlich belastet, dürfte das System jedoch nur unter stabilitätsrelevanten Druck setzen, falls der Ölpreis über längere Zeit auf tiefem Niveau verharrt. Die Politik Russlands, der Erweiterungen der EU und der Nato in Zentral- und Osteuropa entgegenzutreten und wieder eine eigene Einflusssphäre zu konsolidieren, ist aller Wahrscheinlichkeit nach



kein vorübergehendes Phänomen, sondern eine langfristig wirksame Veränderung im strategischen Umfeld der Schweiz.

Gegen die Expansion des russischen Einflusses regt sich im Westen Widerstand. Die langfristige Positionierung der USA wird für die weitere Entwicklung von besonderer Bedeutung sein, waren sie in ihrem globalen Engagement seit dem Ende des Kalten Kriegs doch klar auf Räume ausserhalb Europas fokussiert und haben ihre militärische Präsenz in Europa stark reduziert. Die Reaktion der Administration Obama auf die veränderte Lage in Europa erscheint derzeit vor allem darauf ausgerichtet zu sein, eine glaubwürdige militärische Abschreckung und ausreichende Fähigkeiten der Nato zur Sicherung ihrer Ostgrenze sicherzustellen. Zudem soll in der Ukraine und in den übrigen, nicht zur Nato gehörenden Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Rekonstituierung eines dominierenden russischen Einflusses mit vorwiegend politischen und wirtschaftlichen Mitteln nach Möglichkeit behindert werden. Gleichzeitig strebt die Administration Obama die Bewahrung einer pragmatischen Kooperation mit Russland an, namentlich in den Bereichen Terrorbekämpfung und Nonproliferation.

Beginnender Kampf um Einflusszonen im Umfeld der Schweiz

Die russische Führung hat begonnen, die existierenden Verhältnisse in Osteuropa real herauszufordern. Die USA werden die Nato-Ostgrenze als Teil ihres globalen Bündnissystems sichern wollen. Damit ist ein Prozess in Gang gesetzt, der über die Zeit zur Ausbildung konkurrierender Einflusszonen auf dem europäischen Kontinent führen dürfte. Die Rückkehr zu einer Lage, wie sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorherrschte, in der die Entwicklung hin zu einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Raum vom Atlantik bis zum Ural zumindest als Fernziel eine Perspektive darstellte, ist mittlerweile unwahrscheinlich geworden. Die realistischen Entwicklungsmöglichkeiten reduzieren sich auf zwei grobe Kategorien: Eine, in der auf dem Kontinent eine irgendwie geartete Interessenabgrenzung zwischen Ost und West die Konflikte entlang der sich herausbildenden Einflusszonen frühzeitig begrenzt, und eine alternative Entwicklung, in deren Rahmen sich die Eskalationsspirale über die nächsten Jahre Schritt für Schritt weiter nach oben dreht.

Die neue Lage kann auch für das Umfeld der Schweiz Veränderungen von strategischer Grössenordnung einleiten, insbesondere wenn der Übergang zu formellen oder informellen strategischen Abgrenzungen zwischen Russland, den USA und ihren europäischen Partnern nicht gelingen sollte. Eine 25 Jahre dauernde Ära, in der sich in Europa zwischenstaatliche Konflikte zurückbildeten, ist zu Ende gegangen. Die neue Ära wird aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine lang anhaltende strategische Konfrontation zwischen dem Westen und Russland auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene gekennzeichnet sein. Wie diese Entwicklung im Einzelnen verlaufen und wohin sie führen wird, ist noch weit davon entfernt, bestimmt zu sein. Über die Ukraine hinaus könnte sie in verschiedenen Zonen des strategischen Umfelds der Schweiz zu schweren Krisenfällen führen: Auf der Ost-West-Bruchlinie quer durch Europa be-

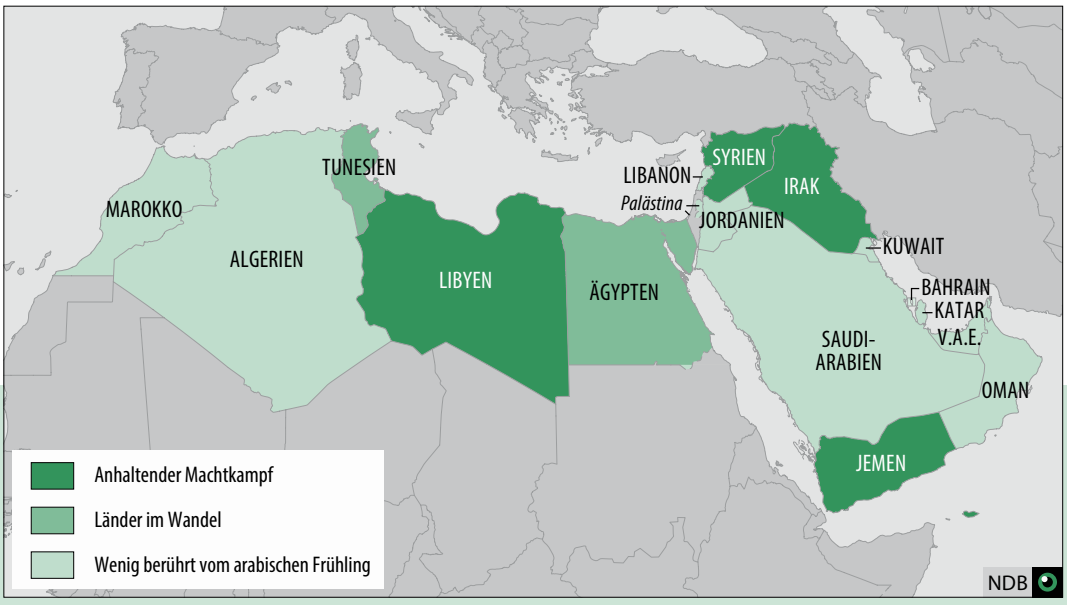
findet sich das Baltikum, die Ukraine (zusammen mit Belarus und Moldova) ebenso wie der Balkan, wo die Ost-West-Rivalität Konflikte in einer Region überlagern könnte, die die Auflösung des Warschauer Pakts und den Zerfall von Jugoslawien noch nicht überwunden hat.

Militärische Bedrohungen

Im Kontext steigender Spannungen zwischen Russland und der Nato in Europa werden auch militärische Mittel wieder eine grössere Bedeutung erlangen. In den sich abzeichnenden Konfliktzonen ist zu erwarten, dass sich russische und westliche Interessen überschneiden und Ansprüche getestet und nicht kampflos aufgegeben werden. In diesen Räumen besteht ein besonderes Risiko einer unterschiedlich ausgeprägten, aber gegenüber der heutigen Lage wachsenden Destabilisierung: Einsatz von politischem Druck, von Propagandamitteln und schattenhaften Personennetzwerken, von wirtschaftlicher Erpressung und Gewalteinsatz – in Krisenlagen möglicherweise bis hin zum Aufmarsch und Einsatz von Streitkräften und der Verletzung der territorialen Integrität von Staaten. Ein derartiges Vorgehen, kombiniert mit dem Einsatz nicht-staatlicher bewaffneter Akteure, wird auch als „hybride Kriegführung“ bezeichnet. Diese ist kein grundsätzlich neues Phänomen, erhält aber mit dem Einsatz neuer Technologien zum Beispiel im Cyberbereich ein neues Gesicht. Im Kontext des Ringens um Einfluss dürfte die Destabilisierung ihrerseits eine stärkere Militarisierung dieser Regionen nach sich ziehen: Investitionen in die Fähigkeiten von Streitkräften, Nachrichtendiensten und Propagandainstrumenten, in die Entwicklung paramilitärischer Kräfte und in Aktivitäten im Cyberraum mit dem Ziel, Interessen auch mit gewaltsamen Mitteln durchsetzen zu können. In der Folge verkürzen sich die langjährigen Vorwarnzeiten, über die die Armeeplanung im Hinblick auf einen potenziellen Konflikt in Zentraleuropa bisher verfügte.

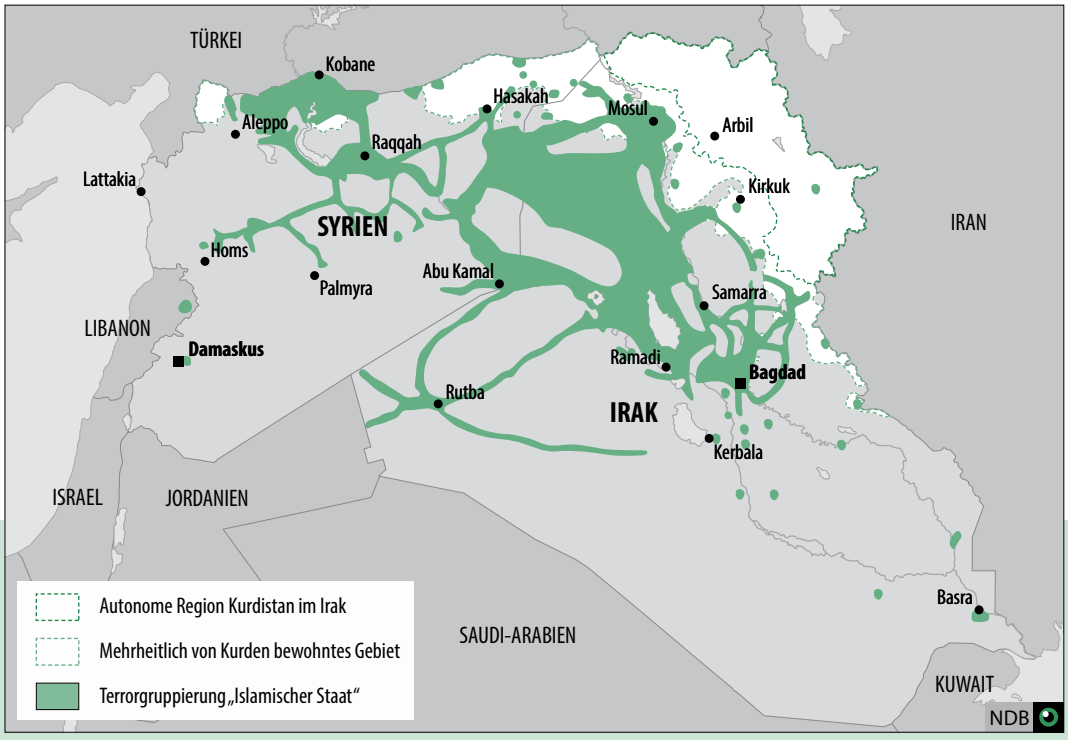
Folgen des arabischen Frühlings

Gleichzeitig ist eine Beruhigung der südlichen Nachbarschaft Europas nach wie vor nicht erkennbar. In Ägypten, der historischen Führungsmacht in der Region, ist 2013 die erste frei gewählte Regierung nach dem Machtwechsel durch einen Putsch beseitigt worden. Seither regiert wieder das Militär und drängt die Muslimbruderschaft erneut in den Untergrund. Die innere Sicherheit bleibt prekär, und vor den neuen Machthabern türmen sich



derweil die wirtschaftlichen Herausforderungen auf. Auch in zahlreichen anderen Ländern der Region überwiegen Probleme der inneren Sicherheit, enger werdender wirtschaftlicher Spielräume und der ungelösten Integration des politischen Islams. Es dominiert der Eindruck von zerfallenden Staaten, gegenwärtig am augenfälligsten in Libyen und Jemen. Immerhin konnten 2014 in Syrien die grossen Bestände an chemischen Waffen dem Zugriff der Kriegsparteien mehrheitlich entzogen werden, und in Tunesien ist mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine weitere Etappe eines langen Wegs zur angestrebten Stabilisierung der neuen Verhältnisse gelungen. Zudem hat die Welle der Revolten seit 2011 keine weiteren Staaten erfasst, und insbesondere die für die globale Energieversorgung wichtigen Golfmonarchien sind – mit der Ausnahme von Bahrain – bisher kaum betroffen. Aber die Nachwehen der Ereignisse sind über die Region hinaus zu spüren. So ist die Sahelzone nach dem Machtwechsel in Libyen zusätzlich destabilisiert worden. Im Anschluss an die militärische Intervention in Mali 2012 betreibt Frankreich seit August 2014 ein neues Militärdispositiv zur Bekämpfung der Bedrohung durch terroristische Gruppen (Operation Barkhane), mit Truppen im Tschad, in Mali, Mauretanien, Niger und Burkina Faso.

2014 stand im Zeichen des spektakulären Expansionsfeldzugs des „Islamischen Staats“ im Irak und in Syrien. Der „Islamische Staat“ ist eine terroristische Organisation, gleichzeitig aber auch mehr. Diese Erkenntnis ist zentral für den richtigen Umgang mit dem Phänomen, ohne damit dem „Islamischen Staat“ unnötig Legitimation zu verleihen. Mit dem Anspruch auf die Errichtung des Kalifats geht auch das Streben nach Staatlichkeit einher. Die physische Kontrolle von Territorium und ansässiger Bevölkerung schafft die Voraussetzungen für wirtschaftliche und militärische Handlungsfähigkeit, und die dauerhafte Kontrolle über ein Gebiet ist der messbare Ausdruck des Erfolgs. Die Wirkung des „Islamischen Staats“ reicht weit und bleibt mindestens über die nächsten zwölf Monate für ein Gebiet erhalten, das rund sechsmal grösser ist als die Schweiz und



eine Bevölkerung von rund fünf Millionen zählt. Die Gruppierung nutzt die anhaltenden Schwächen des irakischen und den Einflussverlust des syrischen Staats in weiten Teilen des Landes aus. Sie stellt mit ihren Machtdemonstrationen vom Libanon bis in den Irak die prekäre Legitimität der Staatsgrenzen und damit die fast hundertjährige, postosmanische Ordnung im Nahen und Mittleren Osten in Frage. Schliesslich provozierte sie auch eine neue, möglicherweise lang andauernde Runde von militärischen Eingriffen in der Region. Die USA führen diese Eingriffe an, getragen werden sie von einer Koalition westlicher und regionaler Staaten.

Risiken auch für die Schweiz

Der Ausgang dieses Umbruchs in der südlichen Nachbarschaft Europas ist nach wie vor offen. Eine Konsolidierung des „Islamischen Staats“ in Syrien und im Irak wäre für die Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens eine Veränderung von strategischer Bedeutung. In Syrien kämpft das Regime weiter. Es wird möglicherweise überleben – allerdings auf den Ruinen seiner Gesellschaft, innen- wie aussenpolitisch weitgehend diskreditiert und ohne stabile Kontrolle über zahlreiche Provinzen. Der Verlust staatlicher Kontrolle in weiten Gebieten Syriens und des Iraks wird es notwendig machen, dass der Westen im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ ein weiteres langjähriges militärisches Engagement wird aufrechterhalten müssen. Ägypten, Tunesien und Libyen ringen mit unterschiedlichen Strategien und Mitteln um eine Stabilisierung der Machtverhältnisse im eigenen Land. Die Schweiz unterstützt den schwierigen und langwierigen Transformationsprozess in diesen Ländern. Aber sie kann sich den Risiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum nicht entziehen: Die wirtschaftliche Entwicklung ist zurückgeworfen, die innere Sicherheit problematisch. Es kommt zu unkontrolliertem Zufluss und Abfluss von Waffen, und es öffnen sich neue Freiräume für terroristische oder kriminelle Organisationen. Das Phänomen der dschihadistisch motivierten Reisebewegungen ist ein gravierendes Sicherheitsproblem auch für westliche Staaten, inklusive die Schweiz. Für die Schweiz werden zahlreiche Problemfelder die unverminderte Aufmerksamkeit der Behörden verlangen: Die Gefährdung der Sicherheit von Staatsbürgern und diplomatischen Vertretungen in der Region, terroristische Bedrohungen und Entführungsfälle, die Störung von Handel

Kalif Ibrahim alias Abu Bakr al-Baghdadi ruft das Kalifat „Islamischer Staat“ aus

und Energieversorgung, die Bewältigung von Sanktionsregimen und der Umgang mit Geldern politisch exponierter Personen sowie die Migration aus den Krisengebieten.

Energiesicherheit

In Zeiten krisenhafter Wirtschaftsentwicklungen und politischer Verwerfungen dringt die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Was die Energiesicherheit der Schweiz anbelangt, haben sich die Risiken nicht verändert. Sie ist bei den Ölimporten dank eines gut funktionierenden internationalen Erdölmarkts gewährleistet, auch in Zeiten erhöhter Unsicherheiten in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Strukturell anders gelagert ist der Fall bei den Erdgasimporten, bei denen ein integrierter internationaler Markt noch nicht existiert und die Schweiz aufgrund der Abhängigkeit von fixen Pipelinesystemen stark auf Russland ausgerichtet ist. Diese Lage wird sich in naher Zukunft nicht verbessern: Das wichtigste nichtrussische alternative Pipelinesystem auf dem europäischen Kontinent, das EU-Grossprojekt Nabucco wurde aufgegeben, und die Zukunft des russischen Grossprojekts South Stream oder eine Alternative über die Türkei ist derzeit noch unsicher. Die Bedeutung des Krisengebiets Ukraine für den Gastransit nach Europa wird dadurch aber akzentuiert. Längerfristig hat die technologische Revolution im Zusammenhang mit der Förderung von Schiefergas das Potenzial, die Entwicklung eines internationalen Erdgasmarkts zu beschleunigen und die Energiesicherheit auch der Schweiz positiv zu beeinflussen.

Schwerpunktthema Terrorismus

Die dschihadistisch motivierten Anschläge in Paris im Januar 2015 und in Kopenhagen im Februar 2015 sowie das erfolgreiche, brutale Vorgehen der Gruppierung „Islamischer Staat" im Irak und in Syrien haben die westliche Öffentlichkeit aufgeschreckt. Der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts liegt deshalb auf dem Terrorismus, namentlich der derzeitigen Lage entsprechend auf dem dschihadistisch motivierten Terrorismus. Dieser internationalisiert sich fortwährend, und eine Vielzahl von Gruppierungen ist unter seinem Banner terroristisch aktiv. In Erscheinung tritt er als zeitgemässes Phänomen, in dem elektronische Medien eine wichtige Rolle spielen und zur raschen Verbreitung von Propaganda in hoher Quantität und Qualität beitragen. Damit verknüpft ist eine feststellbar rasche Radikalisierung von Einzelnen oder Kleingruppen, die etwa dazu angestiftet werden, selber Anschläge zu verüben oder als Unterstützer oder Kämpfer in ein Konfliktgebiet zu reisen. Prioritäre diesbezügliche Destinationen sind derzeit insbesondere Syrien und der Irak. Die Zunahme der aus dem Westen, auch aus der Schweiz, dschihadistisch motiviert in ein Konfliktgebiet reisenden Personen stellt insbesondere hinsichtlich ihrer Rückkehr ein Problem dar: Indoktrinierte, ausgebildete und kampferfahrene Dschihadisten könnten in Europa vermehrt Anschläge verüben.

Nachfolgend ein Überblick über weitere wichtige Themen auf dem Radar des NDB.

Rechts-, Links- und Tierrechtextremismus

Weiterhin besteht ein erhebliches Gewaltpotenzial in der rechts- wie in der linksextremen Szene. Es ist jedoch nicht staatsgefährdend und die Lage hat sich in den letzten Jahren beruhigt. Nach wie vor halten sich Rechtsextreme in der Öffentlichkeit bedeckt, und Gewalttaten lassen weitgehend keine strategische Ausrichtung erkennen. Die Intensität linksextremer Gewalttaten hat nachgelassen. Im Rahmen von Demonstrationen zeigt sich aber eine erhebliche Aggressivität, insbesondere auch gegen Personen.

Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Eine Reihe von Staaten steht unter Beobachtung. Im Zentrum der Besorgnis stehen allerdings nach wie vor die Entwicklungen in Iran und Nordkorea. Betreffend Iran hat die Internationale Atomenergiebehörde wiederholt den Verdacht formuliert, dass dieses Land sein Nuklearprojekt nicht ausschliesslich für zivile Ziele verwendet, sondern seit Jahren verdeckt an der Entwicklung einer Kernwaffe arbeitet. Iran und die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats plus Deutschland haben im November 2013 ein seither mehrmals verlängertes Übergangsabkommen als Basis für weitere Verhandlungen über eine umfassende Kompromisslösung unterschrieben. Die Schweiz setzt sich entschieden gegen Proliferationsaktivitäten ein. Als innovativer, wettbewerbsfähiger Werkplatz und Wirtschaftsstandort hat sie ein besonderes Interesse daran, Beschaffungsversuche und Umgehungsgeschäfte zu verhindern.

Verbotener Nachrichtendienst und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen

Die Kadenz der Enthüllungen aus der Snowden-Affäre hat sich mittlerweile verlangsamt, was ihre neue sicherheitspolitische Dimension (über verbotenen Nachrichtdienst hinaus bis hin zu Informationssicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen und Produktesicherheit) jedoch nicht berührt. Da insbesondere Cyberspionage das Eindringen in Systeme und Netzwerke voraussetzt, bietet sie auch Gelegenheit zu Manipulationen und allenfalls Sabotage. Weiterhin gewinnt Cyberspionage an Bedeutung, ersetzt jedoch herkömmliche Spionagemethoden nicht – diese Spionagearten ergänzen sich eher, als dass sie sich konkurrenzieren. Ziel von Spionage bleibt die Informationsgewinnung zu verschiedenen Zwecken.

Schwerpunkt: Terrorismus

Terrorismus als Phänomen

Umschreibungen, was unter dem Begriff „Terrorismus“ zu verstehen ist, existieren zahlreiche. Staaten und internationale Organisationen tun sich jedoch schwer damit, das Phänomen abschliessend zu beschreiben. In rechtlicher Hinsicht existiert keine international anerkannte, abschliessende Umschreibung, das heisst Definition des Phänomens. Ungeklärt ist etwa die Abgrenzung zu Freiheitskämpfern, zu Staatsterrorismus oder zu individuellen Gewalttaten wie etwa Amokläufen. Unscharf ist aber auch die Abgrenzung zum Gewaltextremismus, sei dieser nun politisch oder religiös motiviert.

Auch in der Schweiz existieren Umschreibungen, die als Annäherungen heranzogen werden können, wenn es um die Frage geht, was unter Terrorismus zu verstehen ist. Zum Beispiel gelten gemäss Artikel 4 der Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes als terroristische Aktivitäten alle „Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung von Staat und Gesellschaft, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten sowie mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen“. Eine weitere Umschreibung des Begriffs Terrorismus findet sich in Artikel 260^{quinquies} des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB): Die Strafnorm gegen die Terrorismusfinanzierung definiert als terroristischen Akt „ein Gewaltverbrechen, mit dem die Bevölkerung eingeschüchtert oder ein Staat oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen genötigt werden soll.“

Ursachen des Terrorismus

Eine grundlegende Motivation terroristischer Akteure und Gruppen ist Unzufriedenheit, die sich aus den politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder ethnischen Rahmenbedingungen in einem bestimmten Land oder einer Region nährt. Beim religiös motivierten Terrorismus bildet insbesondere der Säkularisierungsprozess in modernen Gesellschaften einen Nährboden für die Entstehung terroristischer Einstellungen von Einzelnen und daraus resultierend die Bildung terroristischer Gruppen und Organisationen. Daneben können zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe (Ethnie) oder die Unterstützung von politischen oder ideologischen Zielvorstellungen Ausgangspunkte dafür sein, dass zur Erreichung daraus abgeleiteter Ziele Gewaltakte verübt werden.

Säkularisierung meint entweder die Erosion von Religion in der Gesellschaft überhaupt oder bezeichnet die Verlagerung religiöser Überzeugungen aus der gesellschaftlichen oder politischen Öffentlichkeit in den Bereich der individuellen Meinungen und damit in die Privatsphäre. Religiös motivierte Fundamentalisten akzeptieren diese Verlagerung nicht. Fundamentalismus kann in Terrorismus münden, das heisst zu Androhung oder Anwendung von

Gewalt zur Schreckung der Bevölkerung oder zur Erpressung von Staaten führen. Diese Gewaltandrohung oder -anwendung soll Forderungen Nachdruck verleihen und führt nicht zuletzt dazu, dass diese Forderungen und die Akteure medial und damit in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Terrorismus ist auf mediale Wirkung angelegt und zielt auf eine Eskalation der Konfliktlage ab. In diesem Sinn ist Terrorismus nicht eine Ideologie, sondern ein – kriminelles – Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele.

Politischer Islam und Dschihadismus

Im Zentrum der Aufmerksamkeit beim religiös motivierten Fundamentalismus steht seit Jahren der politische Islam. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts fand er grossen Zuspruch. Seine Anhänger verstehen den Islam als klare Handlungsanweisung für den Kampf gegen das, was sie als Unrecht oder Unterdrückung empfinden.

Die geistigen Quellen des politischen Islams reichen Jahrhunderte zurück und wurden zum grössten Teil im 18. Jahrhundert durch Mohammad Ibn Abd al-Wahhab entwickelt und durch muslimische Reformer des 19. Jahrhunderts weitergedacht. Diese Denker versuchten in ihren Schriften, die Wiedereinführung der islamischen Dogmen und des islamischen Kultus in vermeintlich ursprünglich-reiner Form zu befördern. Dieses Ideal der Rückkehr zu den Anfängen des Islams ist Grundlage zahlreicher fundamentalistischer Bewegungen wie etwa des Salafismus. In den 1920er-Jahren gewann das Konzept einer Gegenmoderne an Gestalt, das sich als Reaktion auf die Dominanz westlicher Staaten und die Globalisierung verstand.

Die streitbare und gewaltbereite Form des Salafismus wird häufig als Dschihadismus bezeichnet. Dschihadisten meinen, ihre Glaubensüberzeugung nötigenfalls im bewaffneten Kampf durchsetzen zu müssen. Zeitgenössische Dschihadisten verstehen den Dschihad als individuelle Pflicht. Das eigentliche Ziel ihrer Bestrebungen ist eine weltumspannende islamische Herrschaft, bei der nach dem Vorbild der ersten Generationen nach dem Propheten Mohammed weltliche und geistliche Führerschaft in der Person des Kalifen vereint sind. Zahlreiche dschihadistische Gruppen beginnen den Kampf für ein solches Kalifat in ihren Heimatländern gegen die von ihnen als unrechtmässig erachteten Regierungen. Erst später kommt es bei einigen Gruppen und Organisationen zu einer Internationalisierung des bewaffneten Kampfs. Die al-Qaida als eine der bekanntesten dschihadistischen Organisationen allerdings war von Beginn weg international ausgerichtet und spielte eine zentrale Rolle als Ideologiestifterin auch für andere Gruppierungen.

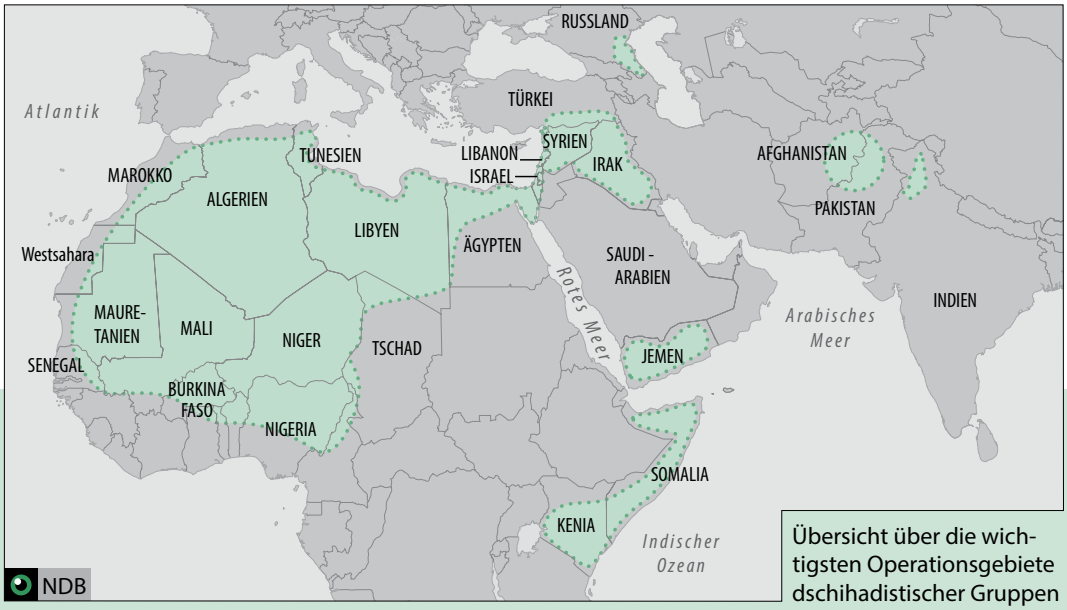
Propaganda des „Islamischen Staats": Raumordnung des Islams

In einigen Ländern Nordafrikas sind terroristische Gruppierungen seit Langem aktiv. Der Sturz verschiedener Regierungen in Nordafrika während des arabischen Frühlings im Jahr 2011 hatte unter anderem zur Folge, dass gewaltbereite Aktivisten begnadigt und aus der Haft entlassen wurden oder fliehen konnten. Die Unsicherheiten und die sich teils stark verschlechternde Sicherheitslage in einigen dieser Länder spielten den Dschihadisten in die Hände und schufen einen fruchtbaren Boden für die Entstehung neuer Netzwerke oder das Wiedererstarken bereits bestehender Gruppen. Namentlich zu erwähnen ist Libyen, wo verschiedene terroristische Gruppierungen die instabile Lage und das unkontrollierte Territorium als Rückzugs-, Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Nachschubraum nutzen. Von Libyen geht eine terroristische Bedrohung für den Maghreb und die Sahelzone aus. Gelingt den dschihadistischen Gruppierungen die Konsolidierung, würde auch das Risiko von Anschlägen in Europa zunehmen.

Internationalisierung des Dschihadismus

Die al-Qaida bildete sich als Netzwerk im afghanischen Widerstandskampf gegen die Sowjetunion und wurde mit dem Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York im Jahr 1993 erstmals in der breiteren Weltöffentlichkeit wirklich wahrgenommen. Mitglieder der al-Qaida verübten am 11. September 2001 die Terroranschläge in den USA, bei denen rund 3'000 Menschen starben.

Die nach den Terroranschlägen von 2001 in der ganzen Welt ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus führten zum Tod hochrangiger Führungspersonen der al-Qaida, darunter im Mai 2011 Usama bin Ladens, des langjährigen Anführers der Organisation. Diese Ausfälle haben die Kern-al-Qaida schwer getroffen. Nebst der Kern-al-Qaida sind mehrere Ableger der Organisation aktiv, so die al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), die al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH), die al-Shabaab in Somalia und Kenia sowie die Jabhat al-Nusra in Syrien. Anfangs September 2014 kündete der Chef der Kern-al-Qaida den Aufbau eines al-Qaida-Ablegers in Indien an. Verbindungen zur Kern-al-Qaida dürfte auch die auf den Philippinen aktive Organisation Abu Sayyaf haben. Die Gruppierung hatte im Februar 2012 einen Schweizer und einen Niederländer entführt; der Schweizer konnte im Dezember 2014 aus der Geiselhaft fliehen.



Übersicht über die wichtigsten Operationsgebiete dschihadistischer Gruppen

Mit gezielten Operationen gelang es den USA, die Kern-al-Qaida in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion operationell praktisch handlungsunfähig zu machen. Die Organisation ist aber dennoch in der Lage, Anschläge zu planen und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren oder einem ihrer Ableger durchzuführen. Sie beansprucht zudem weiterhin die ideologische Führungsrolle und Beraterfunktion im globalen Dschihad.

Die Gruppierung „Islamischer Staat"

Die Kern-al-Qaida steht zunehmend in einem Konkurrenzverhältnis mit der im Irak und Teilen Syriens aktiven Gruppierung „Islamischer Staat". Die Entstehungsgeschichte dieser Gruppierung geht zurück ins Jahr 2003. Damals gründete der Afghanistanveteran Abu Musab al-Zarqawi die Vereinigung al-Tawhid wa al-Jihad. Bereits anfangs 2004 propagierte Zarqawi die Errichtung eines islamischen Staats. Zarqawi schwor im Jahr 2004 Usama bin Laden die Treue und wurde von diesem zum Anführer der al-Qaida im Irak ernannt. Im Jahr 2006 wurde der Islamische Staat im Irak (ISI) gegründet. Diese Gruppierung erklärte mehrere Provinzen und die Stadt Kirkuk zu ihrem Staatsgebiet, beherrschte diese aber nicht. Bis 2011 blieb das Operationsgebiet der Gruppierung auf den Irak beschränkt. Der seit März 2011 schwelende Konflikt in Syrien unterstützte die Bestrebungen der Gruppierung, ihren Einfluss zu vergrössern. Sie entsandte Kämpfer nach Syrien, die die Nusra-Front (Jabhat al-Nusra) gründeten. Die Nusra-Front wurde innert weniger Monate zu einer der schlagkräftigsten bewaffneten Gruppen in Syrien, wollte sich aber nicht der ISI-Führung unterordnen.

Der Streit zwischen der Nusra-Front und dem ISI führte im April 2013 zum Eingreifen des ISI unter dem Namen Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) in Syrien. Die konkurrierenden Ansprüche resultierten schliesslich darin, dass die Kern-al-Qaida die Nusra-Front als ihre Ablegerorganisation in Syrien anerkannte und zugleich dem ISIS die Zugehörigkeit zur al-Qaida aberkannte. Anfangs 2014 erklärten syrische Oppositionsgruppen dem ISIS den Krieg. Seither kämpfen mehrere Gruppierungen in Syrien, darunter die Nusra-Front, gegen den ISIS beziehungsweise den „Islamischen Staat". Im Frühling 2014 begann die territoriale Expansion des ISIS und führte im Juni zur Ausrufung des Kalifats und zur Neubenennung als „Islamischer Staat". Der „Islamische Staat" verfügt wegen der Kontrolle von Ölfeldern, der Plünderung einer Filiale der Zentralbank im Irak und Einkünften aus illegalen Handelsgeschäften über beachtliche finanzielle Ressourcen und ist im Besitz von leistungsfähigem militärischem und technischem Material. Verlässliche Angaben über die Gesamtzahl der Kämpfer in den einzelnen Verbänden der Gruppierung lassen sich nicht machen; der NDB schätzt sie auf einige zehntausend. Die Kämpfer sind hoch motiviert, agieren gezielt brutal und verfügen über ausgeprägtes militärisches und logistisches Können. Die Gruppierung „Islamischer Staat" baut staatsähnliche Strukturen auf.

Eine Flagge des Dschihadismus: Glaubensbekenntnis (oben), Name der Gruppierung, hier der Nusra-Front (unten)

Konfrontation zwischen „Islamischem Staat" und Kurden

Das Einflussgebiet der Gruppierung „Islamischer Staat" tangiert die Türkei und insbesondere vom kurdischen Volk bewohnte Territorien in Syrien und im Irak. Der politische Flügel der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sogenannte Kongra-Gel, beschuldigt die Türkei nicht nur der Passivität im Kampf gegen den „Islamischen Staat", sondern der Unterstützung dieser Gruppierung.

Die Spannungen zwischen PKK-Anhängern und Sympathisanten des „Islamischen Staats" zeitigen direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa. In der Folge des Angriffs des „Islamischen Staats" auf die mehrheitlich von Kurden bewohnte nordsyrische Stadt Kobane (Ain al-Arab) an der syrisch-türkischen Grenze kam es Ende 2014 in zahlreichen Städten Europas zu Kundgebungen kurdischer Gruppierungen. Während die Mehrzahl dieser Demonstrationen friedlich verlief, kam es zum Beispiel in Deutschland in einigen Fällen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und prokurdischen Demonstranten.

Der Einfluss der elektronischen Medien

Weltweiten Rückenwind erhält die dschihadistische Bewegung durch den weiter zunehmenden Einfluss elektronischer Medien auf das Kommunikationsverhalten. Insbesondere mit der immer stärkeren Verbreitung von Smartphones und damit des mobilen Zugangs zum Internet haben sich die Möglichkeiten zur Interaktivität drastisch erhöht. Die unkomplizierte Verwendung sozialer Mediennetze wie Facebook oder Youtube oder auch von Messaging-Diensten wie Whatsapp auf mobilen Geräten führt zur intensiven Nutzung horizontaler Kommunikationskanäle, auf denen sich rasch viele Personen erreichen lassen.

Dschihadistische Rhetorik und Symbolik werden in den sozialen Netzwerken verhältnismässig offen benützt. Gerade die Propaganda des „Islamischen Staats" kennzeichnet sich durch eine hohe Quantität und Qualität. Dazu gehört die Verbreitung in mehreren Sprachen. Solche propagandistischen Medieninhalte können dazu führen, dass sich Einzelne oder Kleingruppen mit den Ideen gewalttätiger Gruppen identifizieren und sich teils rasch radikalisieren. In der Schweiz fühlen sich bisher vor allem psychisch instabile, orientierungslose, mehrheitlich männliche Jugendliche mit unbefriedigenden Zukunftsperspektiven angesprochen und lassen sich von Dschihadisten und dschihadistischen Gruppen beeinflussen. Auch in der Schweiz sympathisieren zahlreiche Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke offen mit der dschihadistischen Ideologie.

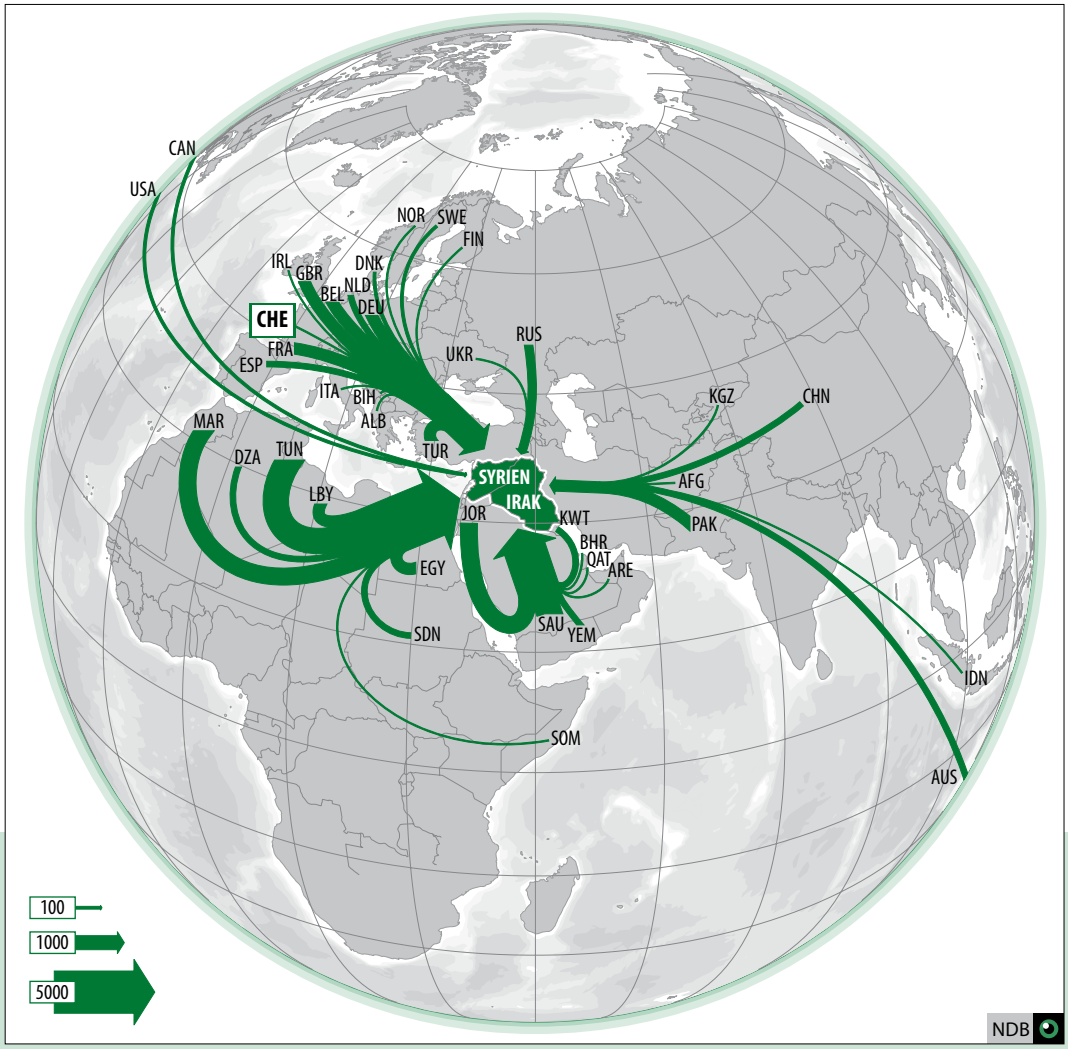
Dschihadistisch motivierte Reisen in Konfliktgebiete

Der Einfluss der dschihadistischen Propaganda in elektronischen Medien kann Einzelne und Kleingruppen zum einen dazu motivieren, selber Anschläge zu planen. Zum andern stiftet die Propaganda dazu an, als Unterstützer oder Kämpfer in Konfliktgebiete zu reisen.

Solchen dschihadistisch motivierten Reisenden in Dschihadgebiete kommt eine zunehmend wichtige Rolle zu. Die Personen reisen aus Europa, Zentralasien, der Golfregion und Nordaf-

rika, aber auch aus Übersee in Konfliktgebiete im Nahen und Mittleren Osten sowie zum Beispiel auch nach Somalia, Libyen oder Mali, wo sie sich dschihadistischen Gruppen anschliessen. Für dschihadistisch motivierte Reisen mit Schweizbezug sind insbesondere Afghanistan/Pakistan, Irak, Somalia, Jemen und Syrien zu nennen. Gerade das Konfliktgebiet in Syrien und im Irak begünstigt durch seine geografische Lage solche Reisen. Mittlerweile haben sich aus Europa mehrere tausend Personen nach Syrien begeben. Mit der steigenden Zahl von Reisenden in Konfliktgebiete nimmt auch die Zahl potenzieller Rückkehrer zu. Damit erhöht sich das Risiko, dass ideologisch indoktrinierte und kampferfahrene Rückkehrer als Vorbild für weitere potenzielle Dschihadisten dienen oder in Europa Anschläge verüben. Aufgrund der Reisefreiheit und dem damit verbundenen Verzicht auf systematische Personenkontrollen an Landesgrenzen innerhalb des Schengenraums ist dieser als Ganzes betroffen.

Die Motive der Reisenden sind sehr unterschiedlich. Sie nehmen in einer der zahlreichen Gruppierungen vor Ort an Kampfhandlungen teil, unterstützen die Organisationen vor Ort logistisch und propagandistisch oder lassen sich in Trainingscamps zum Kampf ausbilden. Ein einheitliches Profil der Reisenden in Dschihadgebiete zu zeichnen ist nicht möglich, da die Akteure und ihre Motive zu unterschiedlich sind.



Der NDB verfolgt die Entwicklung bei dschihadistisch motivierten Reisen seit 2001 intensiv und stetig. Als eine Massnahme gegen diese Bedrohung beschafft der NDB Informationen mit sämtlichen nachrichtendienstlichen Sensoren und betreibt einen intensiven Informationsaustausch mit Partnerorganisationen. Zudem führt der NDB im Rahmen seines Auftrags ein Monitoring einschlägiger, von Dschihadisten genutzten öffentlichen Internetseiten, sozialer Medien und Foren durch. Bei konkreten Anhaltspunkten für eine in Gewalt mündende Radikalisierung einer Person führt der NDB präventive Ansprachen durch und beantragt ausländerrechtliche Massnahmen wie Einreiseverbote, Ausweisungen, Widerrufe des Aufenthaltsstatus und Ausschreibungen zur Aufenthaltsnachforschung. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen übergibt der NDB die Fälle an die Strafverfolgungsbehörden.

Dschihadistische Aktivitäten in der Schweiz

Weil die dschihadistische Bewegung in der Schweiz überwiegend aus Einzelnen und Kleingruppen besteht, wären konkrete Aussagen über die Anzahl dschihadistisch aktiver Personen spekulativ. Es ist aber von einer relativ kleinen Zahl von Personen auszugehen. Wegen des grossen Einflusses der elektronischen Medien auf den Radikalisierungsprozess begannen der NDB und das Bundesamt für Polizei vor rund drei Jahren mit der Überwachung und Bekämpfung des Dschihadismus im Internet. Dadurch sollen dschihadistische Bestrebungen aufgedeckt werden, um Gewaltpropaganda und konkrete terroristische Aktivitäten zu verhindern.

Erhöhte Bedrohung

In Westeuropa besteht grundsätzlich seit 2001 eine erhöhte Terrorbedrohung; diese hat sich in den letzten Monaten weiter erhöht. Die Ausrufung des Kalifats im Juni 2014 und das kriegerische Vorgehen des „Islamischen Staats" gegen andere oppositionelle Gruppen in Syrien und im Irak werden von der Kern-al-Qaida als Herausforderung um den Führungsanspruch in der internationalen dschihadistischen Bewegung verstanden. Dieser Konkurrenzkampf hat die terroristische Bedrohung für den Westen und damit auch für die Schweiz erhöht, da die Gruppierungen versuchen könnten, sich mit Anschlägen im Westen oder auf Interessen westlicher Staaten in anderen Ländern zu profilieren. Die grösste Bedrohung geht von Rückkehrern aus Konfliktgebieten und von radikalisierten Einzeltätern und Kleingruppen aus. Hinweise auf konkrete Anschlagspläne von dschihadistischen Gruppen oder von diesen zu Anschlägen inspirierten Einzelakteuren und Kleingruppen liegen derzeit aber keine vor.

Dschihadistische Gewaltpropaganda: Aufruf zu Anschlag in europäischen Ländern, auch in der Schweiz (Januar 2015)

Konkrete Massnahmen zur Bekämpfung

Am 1. Januar 2015 trat ein dringliches Gesetz für ein Verbot der al-Qaida, der Gruppierung „Islamischer Staat“ und verwandter Organisationen in Kraft; das Gesetz ist bis Ende 2018 befristet. Damit kam die Schweiz auch der UNO-Resolution 2178 gegen ausländische Terrorkämpfer nach. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, unter Berücksichtigung des internationalen Rechts vorbeugende Massnahmen gegen die Radikalisierung und die Rekrutierung für terroristische Aktivitäten in Zusammenhang mit der al-Qaida und dem „Islamischen Staat“ zu ergreifen. Eine längerfristige Regelung für ein allfälliges gesetzliches Verbot von terroristischen Gruppen wird geprüft.

Nebst diesen staatlichen Massnahmen ist es zu einem wesentlichen Teil die Widerstandsfähigkeit der muslimischen Gemeinschaften in den Ländern Europas, die dazu beitragen kann, dem Einfluss dschihadistischer Propaganda und dschihadistisch motivierten Gewalttaten vorzubeugen. Daneben leisten Integrationsmassnahmen in westlichen Ländern einen zentralen Beitrag, um zu verhindern, dass Angehörige muslimischer Gemeinschaften ausgegrenzt werden, was einer Radikalisierung entgegen wirkt.

Rechtliche Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus

Verschiedene Rechtsgrundlagen regeln in der Schweiz die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten unter präventiven und repressiven Aspekten. Präventiv trifft der Bund gemäss Artikel 2 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) „vorbeugende Massnahmen, um frühzeitig Gefährdungen durch Terrorismus (...) zu erkennen und zu bekämpfen". Das Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) umfasst Regelungen zu den konkreten Aufgaben des NDB sowie zur Bearbeitung von Personendaten und zum Informationssystem äussere Sicherheit. Die den NDB betreffenden Teile des BWIS und das ZNDG sollen mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) in einer einzigen gesetzlichen Grundlage für die nachrichtendienstliche Tätigkeit zusammengeführt werden. Das NDG steht derzeit in der Phase der parlamentarischen Beratung.

Im Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) umfasst unter anderem der zwölfte Titel die Artikel zu Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden. Nebst dem Verbot der öffentlichen Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit (Artikel 259 StGB) sind unter dem Aspekt der Terrorismusbekämpfung vor allem Artikel 260ter StGB (Kriminelle Organisation) und 260^{quinquies} StGB (Terrorismusfinanzierung) relevant. Die Strafverfolgung obliegt bei diesen Delikten in den meisten Fällen der Schweizer Bundesanwaltschaft.

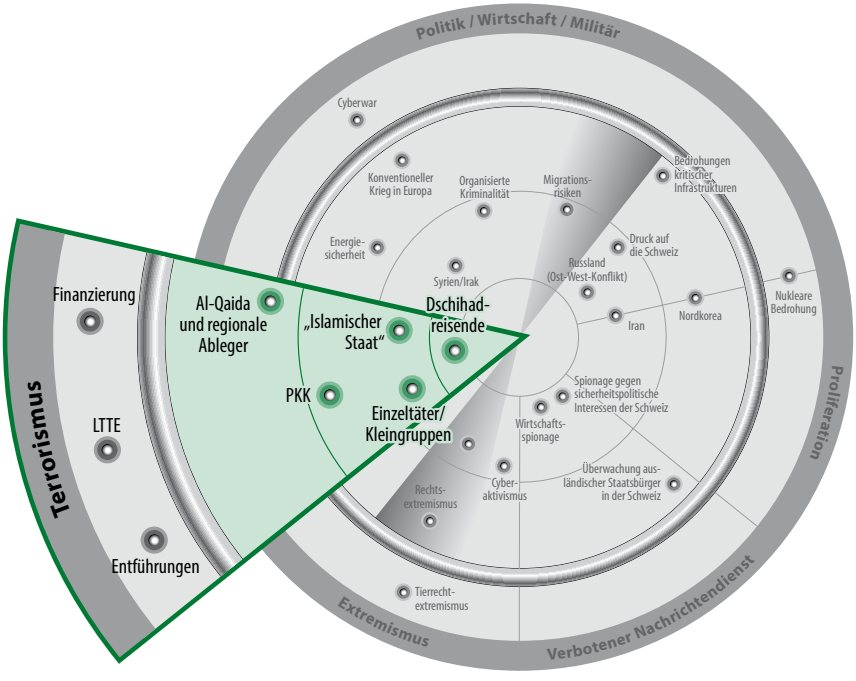
In Bezug auf Terrorismus enthält das geltende StGB neben der Vorschrift gegen Terrorismusfinanzierung keine weitere Norm, die Terrorismus ausdrücklich kriminalisiert. Es besteht hingegen eine Vielzahl an Tatbeständen, mittels welcher Terrorakte gegen Personen oder Einrichtungen unter Strafe gestellt werden: Delikte gegen Leib und Leben (Artikel 111 ff. StGB), gegen die Freiheit (Artikel 180 ff. StGB), gemeingefährliche Delikte (Artikel 221 ff. StGB) oder weitere Verbrechen oder Vergehen (etwa Artikel 258 ff. StGB oder 265 ff. StGB). Strafbar sind jeweils auch der Versuch sowie die Anstiftung und Gehilfenschaft zu diesen Taten. Eine besonders verwerfliche Gesinnung, etwa terroristische Motive, können im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigt werden.

Der Gesetzgeber hat des Weiteren für die Verfolgung von besonders schwerwiegenden Delikten (unter anderem vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Brandstiftung), die typischerweise auch im Zusammenhang mit einem terroristischen Akt begangen werden, die Schwelle für die Strafbarkeit vor dem Versuchsstadium angesetzt und die strafbaren Vorbereitungshandlungen eingeführt. Tatbestandsmässig handelt demnach, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, deren Art und Umfang zeigen, dass er sich anschickt, eine der genannten schwerwiegenden Straftaten zu begehen. Als planmässige Vorkehrungen gelten mehrere zusammenhängende Handlungen, die auf ein einheitliches Ziel ausgerichtet sind. Strafbar sind ebenfalls die Gehilfenschaft und Anstiftung zu solchen strafbaren Vorbereitungshandlungen.

Die Herausforderung für die Behörden besteht hier in der frühzeitigen Erkennung der praktisch immer im Verdeckten ausgeführten Vorbereitungshandlungen und im Nachweis der damit zusammenhängenden Absicht – bevor die strafprozessualen Instrumente eingesetzt werden können beziehungsweise damit ein Verfahren eröffnet werden kann. Derzeit sind gesetzlich als Informationsbeschaffungsmittel im Bereich der inneren Sicherheit im Wesentlichen die Beschaffung aus öffentlichen Quellen, das Einholen von Auskünften und das Beobachten im öffentlichen Raum vorgesehen (BBl **2014** 2105-2236). Zudem arbeitet der NDB mit den zuständigen kantonalen Stellen zusammen.

Religiös und ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Die Internationalisierung des dschihadistisch motivierten Terrorismus hält an und bedroht weiterhin die Sicherheit auch in westlichen Staaten stark. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Konfliktgebiet Syriens und Teilen des Iraks polarisieren die dschihadistische Bewegung wegen des Anspruchs auf die Führungsrolle. Eine potenzielle Bedrohung sind Personen, die als Unterstützer oder Kämpfer in Konfliktgebiete reisen und von dort als weiter radikalisierte Dschihadisten in die Länder zurückkehren, aus denen sie gekommen sind. In sozialen Medien verbreitete dschihadistische Propaganda wie Videobotschaften und Texte beeinflusst die Radikalisierung stark. Die Schweiz steht zwar nicht im Fokus dschihadistischer Gruppierungen, bleibt aber als Teil des europäischen Gefährdungsraums bedroht. Als Gelegenheitsziel können Schweizer Bürgerinnen und Bürger in instabilen Weltgegenden Opfer von Terrorakten oder Entführungen werden.



LAGE

Internationalisierung des Dschihadismus schreitet voran

Die Internationalisierung des dschihadistisch motivierten Terrorismus hält an und bedroht die Sicherheit auch in westlichen Staaten stark. Das Vorgehen der Gruppierung „Islamischer Staat“ in Teilen des Iraks und Syriens polarisiert die dschihadistische Bewegung wegen des Anspruchs auf die Führungsrolle. Die Kern-al-Qaida sieht sich herausgefordert; ihr direktes Bedrohungspotenzial besteht in erster Linie auf der propagandistischen Ebene. Die Führung der Kern-al-Qaida ruft noch immer weltweit zu dschihadistischer Gewalt auf. Sie inspiriert und fördert angehende Dschihadisten.

Vor allem die Bedrohung durch dschihadistische Einzeltäter und Kleingruppen ist im Vorfeld schwierig zu erkennen:

- Im Mai 2014 erschoss ein Mann bei einem Anschlag im Jüdischen Museum Belgiens in Brüssel vier Personen. Wenige Tage nach der Tat wurde ein Verdächtiger festgenommen. Der 29-jährige französische Staatsangehörige und Syrienrückkehrer soll sich während eines Haftaufenthalts in einem Gefängnis in Frankreich radikalisiert haben.
- Im Oktober 2014 wurden in Kanada innert weniger Tage zwei Anschläge verübt. In Montreal überfuhr ein mutmasslicher Dschihadist zwei Soldaten; die Polizei erschoss nach einer Verfolgungsjagd den Tatverdächtigen. Zwei Tage nach dieser Tat kam bei einer Schiesserei im Regierungsviertel von Ottawa ein Soldat ums Leben. Der Täter wurde ebenfalls getötet.
- Ebenfalls im Oktober 2014 griff in New York (USA) ein dschihadistisch motivierter Mann eine Gruppe von Polizisten an und verletzte zwei von ihnen. Der 32-jährige Konvertit wurde von der Polizei unmittelbar nach der Tat erschossen.
- Am 7. Januar 2015 verübten zwei Brüder, Franzosen algerischer Herkunft, einen Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris und töteten zwölf Personen. Auf der Flucht erschossen die Täter zudem einen Polizisten. Sie wurden am 9. Januar 2015 durch die Gendarmerie getötet; einer der Brüder hatte zuvor angegeben, Beziehungen zur AQAH zu haben. Die AQAH bekannte sich selbst zum Anschlag, ihre tatsächliche Involvierung war bei Redaktionsschluss nicht geklärt.

Propaganda der AQAH zum Anschlag auf „Charlie Hebdo“

- Am 8. Januar 2015 erschoss ein Franzose malischer Herkunft in Montrouge (Frankreich) eine Polizistin. Am 9. Januar 2015 nahm er in einem jüdischen Supermarkt in Paris mehrere Geiseln, von denen er vier tötete. Bei der gleichentags erfolgten Erstürmung des Supermarkts wurde der Täter erschossen; er hatte sich in einer Videobotschaft zum „Islamischen Staat" bekannt.
- Mitte Februar 2015 verübte ein Däne palästinensischer Herkunft in Kopenhagen (Dänemark) einen Anschlag auf eine Veranstaltung, an der ein Mohammedkarikaturist teilnahm, und Stunden später auf eine Veranstaltung in einer Synagoge. Als er von der Polizei angehalten wurde, eröffnete er sofort das Feuer und wurde erschossen. Seine Anschläge forderten zwei Tote und mehrere Verletzte; er soll drei Stunden vor dem ersten Anschlag dem „Islamischen Staat" die Treue geschworen haben.

Rückkehrerproblematik, Einzeltäter und Kleingruppen

Insbesondere von Personen, die als bereits radikalisierte Unterstützer oder Kämpfer in Konfliktgebiete reisen und von dort zusätzlich indoktriniert oder gar kampferprobt in ihre Heimatländer zurückkehren, geht eine potenzielle Bedrohung aus. Ideologisch beeinflusste und kampferprobte Rückkehrer können als Vorbild für weitere potenzielle Dschihadisten dienen oder in Europa Anschläge verüben. Der Einfluss, den solche Rückkehrer mit der Verbreitung von Erlebnisberichten auf den Radikalisierungsprozess in ihren Heimatländern ausüben, ist nicht zu unterschätzen. Mittlerweile sind seit 2011 aus Europa mehrere tausend Personen ins Dschihadgebiet in Syrien und im Irak aufgebrochen. Weiterhin üben aber auch andere Konfliktgebiete wie zum Beispiel Somalia und in geringerem Mass Mali Anziehungskraft auf potenzielle Reisende aus. Das polizeiliche Eingreifen gegenüber Personen, die willens sind, mit ihren Handlungen den Tod zu suchen oder diesen in Kauf zu nehmen, ist schwieriger als Interventionen gegenüber Personen, die überleben wollen.

Die schweizerische Bundesanwaltschaft führt gegen drei Iraker eine Strafuntersuchung wegen Unterstützung der kriminellen Organisation „Islamischer Staat", Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht, strafbarer Vorbereitungshandlungen, verbotener Pornografie sowie Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise und des rechtswidrigen Aufenthalts. Konkret geht es um den Verdacht, dass die in Untersuchungshaft Sitzenden einen Terroranschlag geplant haben. Bei Redaktionsschluss lagen keine Erkenntnisse über einen möglichen Anschlagsort vor.

Propagandavideo der Nusra-Front: der bewaffnete ehemalige Bieler Gymnasiast Majd Najjar als Scheich Abu al-Walid al-Shami (Syrien, April 2014)

Kurdische Gruppen bleiben aktiv

Das Operationsgebiet der Gruppierung „Islamischer Staat“ umfasst auch von Kurden bewohnte Gegenden. Im Herbst 2014 kam es im Zusammenhang mit Angriffen auf die mehrheitlich von Kurden bewohnte nordsyrische Stadt Kobane zu zahlreichen Protesten der kurdischen Diasporagemeinschaften mehrerer europäischer Länder. Die PKK als treibende Kraft richtet die Proteste gegen das Vorgehen des „Islamischen Staats“ und trotz des laufenden Friedensprozesses auch gegen die Türkei, die von den kurdischen Organisationen nicht nur als zu passiv im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ angesehen, sondern auch der Unterstützung der Gruppierung beschuldigt wird. In Europa kam es verschiedentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und islamistischen Gruppen; dazu besteht auch in der Schweiz ein Potenzial.

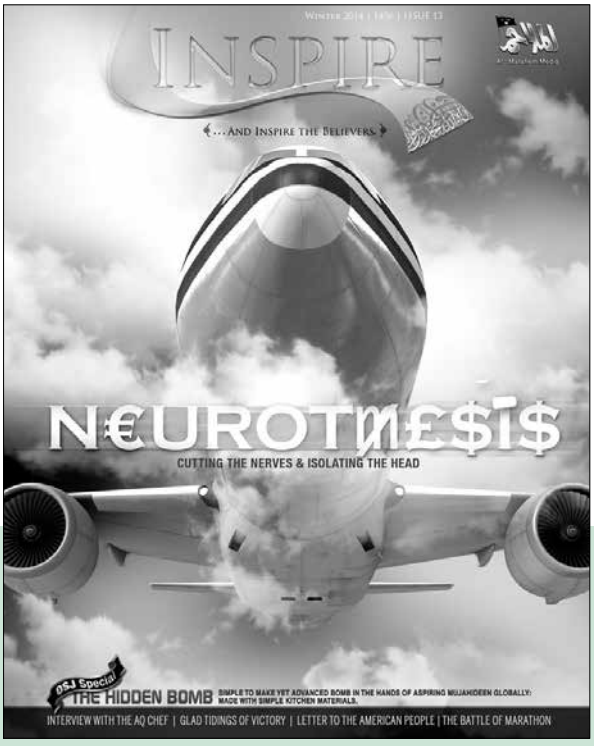
Einen weiteren entscheidenden Einfluss auf die Aktivitäten der PKK hat die Entwicklung des Friedensprozesses mit der Türkei. Gerät dieser Prozess ins Stocken oder wird er gar abgebrochen, wäre mit Anschlägen insbesondere auf offizielle türkische Einrichtungen in Westeuropa zu rechnen.

Wenige Aktivitäten in tamilischer Gemeinschaft

Kaum mehr zu Tage getreten sind in der tamilischen Diasporagemeinschaft Aktivitäten der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Der Wunsch nach einem eigenen Staat ist unter den Tamilinnen und Tamilen zwar weiterhin verbreitet, wird aber nur noch marginal öffentlich thematisiert.

Verschlechterte Sicherheitslage in Teilen Afrikas

In Nordafrika hat sich die Sicherheitslage in einigen Ländern verschlechtert und bleibt instabil. Im Sahel und im Maghreb haben sich dschihadistische Gruppierungen angenähert und zu neuen Allianzen zusammengeschlossen. Die AQIM sieht sich von staatlichen Sicherheitskräften zum Beispiel in Algerien unter Druck gesetzt und versucht, Verbindungen mit



Jüngste Ausgabe des „Inspire“-Magazins der AQAH

Gruppen etwa in Tunesien oder Libyen aufzubauen. Die Verhandlungen zur Stabilisierung Nordmalis geraten immer wieder ins Stocken; auch hier bleibt die Sicherheitslage fragil. In der Zentralafrikanischen Republik ist die Sicherheit wegen gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Stammesgemeinschaften und Zusammenstössen zwischen bewaffneten Gruppierungen nur sehr bedingt gewährleistet. In Nigeria und in Kamerun sowie in jüngster Zeit in Nigeria naheliegenden Gebieten Tschads und Nigers verübt die Gruppierung Boko Haram Anschläge und entführt Menschen. In Somalia und Kenia ist die al-Shabaab als regionaler Ableger der al-Qaida aktiv. In weiten Teilen dieser Länder besteht nach wie vor ein erhöhtes Risiko, Opfer von Entführungen oder Anschlägen zu werden. In Ägypten hat sich die islamistische Organisation Ansar Beit al-Maqdis als Teil des „Islamischen Staats" bezeichnet, was die Tendenz zur Internationalisierung der Gruppierung „Islamischer Staat" belegt.

Propaganda und Entführungen auf der arabischen Halbinsel

Auf der arabischen Halbinsel tritt die AQAH neben Anschlägen auf mehrheitlich jemenitische Ziele sowie Entführungen von Ausländern auch propagandistisch in Erscheinung. Ihre Propaganda zielt darauf ab, Einzelne zu terroristischen Aktivitäten in ihren Heimatländern beziehungsweise Wohnsitzstaaten zu motivieren, und umfasst auch praktische Anleitungen. Die AQAH konnte trotz Verfolgungsdruck in Jemen erlittene Verluste kompensieren und Führungspositionen neu besetzen.

Soziale Medien als Treiber

Soziale Netzwerke wie zum Beispiel Facebook und Youtube sowie Messaging-Dienste wie Whatsapp spielen bei der Verbreitung dschihadistischer Propaganda eine zunehmend wichtige Rolle. Die Propaganda zum Beispiel des „Islamischen Staats" kennzeichnet sich durch hohe Quantität und Qualität. Die Verbreitung der Videobotschaften, Bilder und Texte erfolgt teilweise in mehreren Sprachen. Im Zuge des Konflikts in Syrien hat zudem das Ausmass an dargestellter Gewalt in den propagandistischen Produkten massiv zugenommen.

Von Usern in der Schweiz im Internet verbreitete Propaganda

Vor allem psychisch instabile, orientierungslose Jugendliche mit unbefriedigenden Zukunftsperspektiven fühlen sich von der Propaganda angesprochen und lassen sich von Dschihadisten und dschihadistischen Gruppierungen beeinflussen. Häufig führt dies zu einer raschen Radikalisierung der jungen und mehrheitlich männlichen Internetznutzer. Ein wichtiges Instrument der Terrorismusprävention und -abwehr ist daher die Beobachtung (Monitoring) dschihadistischer Internetseiten.

Im Dschihadmonitoring sind mittlerweile über 200 identifizierte Nutzer aufgefallen, die in oder aus der Schweiz im Internet dschihadistisches Gedankengut verbreiten und sich mit Gleichgesinnten im In- und Ausland vernetzen. Im Dezember 2013 führten die Aktivitäten im Rahmen des Dschihadismusmonitorings erstmals zu einer Verurteilung: Ein 24-jähriger, in der Schweiz wohnhafter Kosovare wurde unter anderem wegen seiner Äusserungen im Internet der öffentlichen Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit sowie der Rassendiskriminierung schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe verurteilt.

Von Usern in der Schweiz im Internet verbreitete Propaganda

BEURTEILUNG

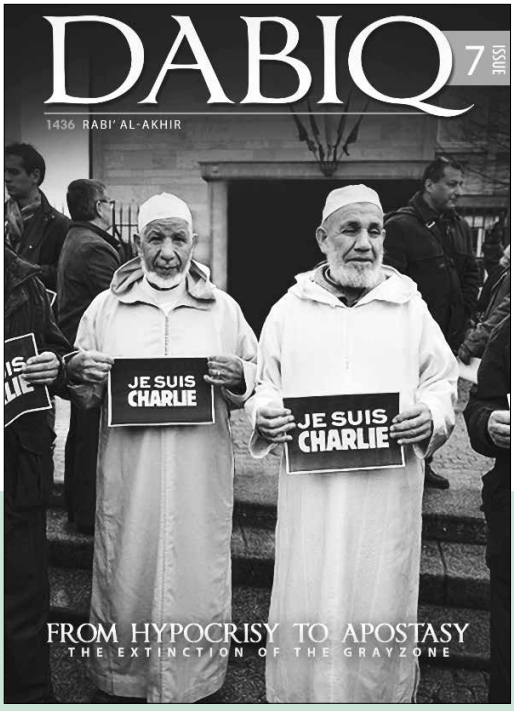
„Islamischer Staat" und Kern-al-Qaida

Im September 2014 haben sich rund 30 Staaten auf eine globale Strategie gegen den „Islamischen Staat" geeinigt. Die militärische Vernichtung der Gruppierung noch während des Jahres 2015 erscheint allerdings wenig wahrscheinlich. Die Luftangriffe unter Führung der USA können die Gruppierung zwar schwächen; um sie aber nachhaltig zu zerschlagen, müssten Verbände am Boden das von der Gruppierung beanspruchte Gebiet einnehmen und halten.

Die politische Instabilität in verschiedenen Ländern Afrikas eröffnet dschihadistischen Gruppierungen neue Perspektiven, etwa durch Entstehen neuer Rückzugsräume mit eingeschränkter staatlicher Kontrolle, Gewinnung von Sympathisanten und Unterstützern, Rekrutierung von Kämpfern oder Instrumentalisierung von Ereignissen für Propaganda. Die Konkurrenzsituation zwischen der Kern-al-Qaida und dem „Islamischen Staat" um die Führungsrolle in der internationalen dschihadistischen Bewegung erhöht die terroristische Bedrohung auch für die Schweiz. Öffentlichkeitswirksame Anschläge im Westen könnten Sympathisanten oder Mitgliedern der beiden Organisationen als geeignetes Mittel zur Profilierung dienen. So behaupteten die Täter beim Anschlag auf die französische Zeitschrift „Charlie Hebdo" im Januar 2015, Verbindungen zur AQAH zu haben, und die AQAH bekannte sich zur Tat.

Rückkehrer, Einzeltäter und Kleingruppen als grösste Bedrohung

Aus Dschihadgebieten in ihre Wohnländer zurückkehrende Personen können eine Bedrohung darstellen. Sind diese Rückkehrer während des Aufenthalts im Konfliktgebiet indoktriniert worden und haben sie allenfalls konkrete Erfahrungen im bewaffneten Kampf gesammelt, erhöht sich das Risiko, dass sie Anschläge in Europa verüben oder als Vorbild für weitere potenzielle Dschihadisten dienen. Die Schweiz ist im europäischen Gefährdungsraum keine Insel. Die Nationalität eines Täters beziehungsweise das Land, in dem er niedergelassen ist, und das Land seines Anschlagsziels müssen nicht identisch sein, wie dies der Anschlag im Jüdischen Museum Belgiens in Brüssel zeigt. Wegen des freien Personenverkehrs im Schengenraum stellen daher gewaltbereite Rückkehrer aus allen Staaten in diesem Raum ein potenzielles Risiko auch für die Schweiz dar.



Jüngste Ausgabe des „Dabiq"-Magazins des „Islamischen Staats"

Die grösste Bedrohung eines dschihadistisch motivierten Anschlags geht von Einzeltätern und Kleingruppen aus. Es gibt zwar derzeit keine konkreten Hinweise auf Anschlagspläne in der Schweiz, selbstständig durchgeführte und spontane Gewalttaten sind aber auch hierzulande möglich. Vereinzelt wird in der Propaganda des „Islamischen Staats" die Schweiz in Verbindung mit ihren Nachbarländern genannt; in bisher einem Fall wurde auch zu Anschlägen in unserem Land aufgerufen.

Dschihadisten in Afrika bleiben aktiv

Die politische Lage in Ländern des arabischen Frühlings in Nordafrika und im Sahel bleibt instabil. Wegen des dadurch entstehenden Vakuums in der Staatsführung ist die Sicherheitslage prekär. Die Ableger der al-Qaida und mit ihr verbundener Fraktionen haben kaum an Mobilität eingebüsst und sind weiter aktiv. Zwar richten einige Gruppierungen ihre Gewalttaten konsequent gegen Sicherheitskräfte. Dennoch bleibt das Risiko von Terroranschlägen auf Touristen und von Entführungen von Bürgerinnen und Bürgern westlicher Staaten hoch.

Mehrere afrikanische Staaten von Unsicherheit geprägt

In mehreren Staaten Afrikas schaffen Terroranschläge dschihadistischer Gruppierungen und Kämpfe zwischen verfeindeten bewaffneten Organisationen ein fragiles Gefüge. In Staaten wie Libyen, Mali, Niger, Tschad, Nigeria, dem Sudan oder der Zentralafrikanischen Republik besteht das Risiko, dass dschihadistische Gruppierungen dieses Umfeld der Unsicherheit und Labilität zu ihren Gunsten ausnutzen und expandieren. Die in der Region präsenten internationalen Truppen, darunter Kontingente westlicher Staaten, vermögen nicht dauerhaft zu einer Stabilisierung beizutragen. Zudem erhöht diese Präsenz die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger westlicher Staaten Opfer von Terroranschlägen oder Entführungen werden. Wiederkehrende Wechsel in politischen Schlüsselpositionen leisten einen weiteren Beitrag zur Unsicherheit.

Arabische Halbinsel

Die Publikationen der AQAH verdeutlichen, dass die Gruppierung weiterhin bestrebt ist, westliche Ziele anzugreifen und neue Anhänger zu gewinnen. Die Organisation bleibt willens und potenziell fähig, Anschläge auf westliche Interessen sowohl in Jemen wie auch ausserhalb zu verüben. Die AQAH vermag Verluste in ihrer Führungsspitze weiterhin zu kompensieren. Für Ausländerinnen und Ausländer bleibt das Risiko sehr hoch, in Jemen Opfer einer Entführung zu werden.

PKK sieht sich als Interessenvertreterin der Kurden

Die Ereignisse im Zusammenhang mit den Operationen des „Islamischen Staats" wirken sich auf den Friedensprozess zwischen den Kurden und der Türkei aus. Die PKK versteht sich als dominierende Repräsentantin in der kurdischen Sache und mobilisiert gezielt Vertreter in Europa und in der Türkei für ihre Interessen. In der Schweiz beschränken sich die Aktivitäten auf Propaganda und Kundgebungen,

Rechts:
Twitter-Konto eines Anhängers des „Islamischen Staats"

die überwiegend friedlich verlaufen. Daneben wird – teilweise unter Druck – Geld gesammelt, das der PKK zugute kommt. Bei einer Verschärfung der Lage in den Kurdengebieten sind aber auch in der Schweiz gewalttätige Ausschreitungen möglich, insbesondere im Falle eines Aufeinandertreffens von Islamisten und kurdischen Protestierenden. Zudem vermögen die kurdischen Organisationen weiterhin rasch und europaweit zu mobilisieren, wie dies nach der Verhaftung des Kurdenführers Abdullah Öcalan geschah. Weiterhin ist die PKK als gewaltextremistische und terroristische Gruppierung anzusehen, deren Gewaltpotenzial nicht abgenommen hat.

Keine Hinweise auf gewalttätige tamilische Bewegung

Es liegen keine konkreten Hinweise vor, die auf den Wiederaufbau einer gewalttätigen tamilischen Separatistenbewegung schliessen liessen. Die Entwicklung in Sri Lanka, wo weiterhin keine stabile Vertrauensbasis zwischen Singhalesen und Tamilen besteht und die tamilische Minderheit in der Bevölkerung Repressionen ausgesetzt ist, beeinflusst die tamilischen Diasporagemeinschaften aber stark. Welche Auswirkungen die Abwahl von Präsident Rajapakse, dem 2009 die Eliminierung der LTTE in Sri Lanka gelungen war, beziehungsweise die Wahl von Präsident Sirisena für die Tamilen hat, ist derzeit noch nicht abzuschätzen.

AUSSICHTEN

Bedrohung bleibt erhöht

Es ist davon auszugehen, dass die Kern-al-Qaida und die Gruppierung „Islamischer Staat" längerfristig zwei der einflussreichsten Akteure in der dschihadistischen Bewegung bleiben, obwohl in beiden Organisationen gewisse Abspaltungs- und Zersplitterungstendenzen absehbar sind.

Der Konflikt in Syrien und der Einfluss der Gruppierung „Islamischer Staat" werden die Sicherheitslage in der Region und in Europa weiterhin prägen. Der Konflikt hat das Potenzial, auch künftig Sympathisanten und Unterstützer zu radikalisieren. Bilder und Erzählungen von Aktivitäten im Dschihadgebiet könnten zu einer breiteren Akzeptanz der Befürwortung von Gewalt führen und insbesondere Einzeltäter oder Kleingruppen motivieren, tatsächlich Gewalttaten zu verüben. Die Bedeutung sozialer Netze bei der Verbreitung dschihadistischer Propaganda dürfte sich weiter verstärken. Der Einfluss viral verbreiteter Botschaften im Internet auf die Radikalisierung von Einzelnen ist hoch.

Mittelfristig besteht die Gefahr, dass sich Rückkehrer aus Dschihadgebieten zu Kleingruppen zusammenschliessen, aus denen sich neue dschihadistische Netzwerke herausbilden könnten. Auch nicht-europäische Kämpfer könnten versuchen, auf legalem oder illegalem Weg nach Europa einzureisen.

Anschläge radikalisierter Einzeltäter oder von Kleingruppen (zum Beispiel Gewalttaten von Rückkehrern aus Dschihadgebieten) stellen auch künftig die grösste terroristische Bedrohung für den Westen und auch für die Schweiz dar. Solche Taten sind im Vorfeld schwierig zu erkennen, und ein umfassender Schutz von Personen und Einrichtungen ist in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften schwierig zu

Von Usern in der Schweiz im Internet verbreitete Propaganda

gewährleisten. Besonders ausländische Interessen in der Schweiz (zum Beispiel Botschaften), in der Schweiz tätige internationale Organisationen oder jüdische Einrichtungen und Personen können fallweise oder dauernd einer höheren Bedrohung durch terroristische oder gewaltextremistische Gruppierungen ausgesetzt sein.

Hohes Entführungsrisiko

Eine rasche Lösung der sozialen, wirtschaftlichen, ethnischen und regionalen Herausforderungen in zahlreichen Ländern Nord- und Zentralafrikas ist nicht zu erwarten. Obwohl sich seit der Flucht eines Schweizers aus länger andauernder Geiselhaft auf den Philippinen derzeit nur noch wenige Geiseln aus westlichen Staaten in der Hand von terroristisch motivierten Entführern befinden, bleibt das Risiko für Bürgerinnen und Bürger westlicher Staaten, als Gelegenheitsziele Opfer von Entführungen zu werden, in einigen dieser Gegenden, aber auch zum Beispiel in den Konfliktgebieten in Syrien und im Irak sehr hoch. Den Reisehinweisen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kommt in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu. Bei allen seit 2009 verzeichneten Fällen, in denen Schweizer Staatsangehörige politisch oder terroristisch motiviert entführt wurden, hatte das EDA in den Reisehinweisen vom Besuch des jeweiligen Landes abgeraten – entweder generell oder mit Bezug zu einem bestimmten Gebiet in diesen Ländern.

Aktivitäten kurdischer Gruppen halten an

Die Aktivitäten der kurdischen Diasporagemeinschaften und der PKK werden sich unverändert an Ereignissen in den Kurdengebieten, den Aktionen des „Islamischen Staats“ und insbesondere der Entwicklungen im Friedensprozess mit der Türkei orientieren. Gewalttätige Aktionen und Kundgebungen sind in der Schweiz zwar wenig wahrscheinlich, aber jederzeit möglich. Das Gewaltpotenzial der PKK hat sich nicht vermindert. In diesen beiden Aussagen wird das Dilemma ersichtlich, vor dem westliche Staaten stehen, wenn sie im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ Gruppierungen unterstützen sollen, die mit der PKK zusammenhängen.

Die Reisehinweise des EDA

Die Reisehinweise des EDA decken 176 Länder ab und werden auf der Internetseite des EDA über zwei Millionen Mal pro Jahr konsultiert. Sie stehen ausserdem auf der Smartphone-App „itineris“ zur Verfügung. Dort lassen sich zudem Reisepläne elektronisch erfassen. Auf Twitter gibt das EDA allgemeine Reisetipps und informiert über die wichtigsten Aktualisierungen der Reisehinweise.

Die Reisehinweise geben eine breit abgestützte Einschätzung der Sicherheitslage, mit Schwerpunkten in den Bereichen Politik und Kriminalität:

- Weil die Reisenden manchmal mit so vielen und widersprüchlichen Informationen konfrontiert werden, dass sie diese nur schwer einordnen können, helfen ihnen die Reisehinweise bei der Wahl der Feriendestination.
- Weil das EDA durch seine Botschaften und Konsulate im Ausland gut vernetzt ist, kann es für seine Reisehinweise eine ausgewogene Lageeinschätzung vornehmen. Auch Informationen des Nachrichtendienstes werden in die Reisehinweise integriert.
- Weil das EDA keine finanziellen Interessen verfolgt, wird es von der Reisebranche und der Bevölkerung als unabhängig und vertrauenswürdig geschätzt.

Die Reisehinweise empfehlen Vorsichtsmassnahmen, um die Risiken zu vermindern,

- weil das EDA vom Bundesrat den Auftrag erhalten hat, auf mögliche Risiken bei Auslandreisen aufmerksam zu machen
- weil es möchte, dass die Traumferien nicht zu Albträumen werden
- und weil sich Risiken nur vermindern lassen, wenn man sie kennt.

Im Extremfall rät das EDA von Reisen in ein bestimmtes Gebiet oder Land ab,

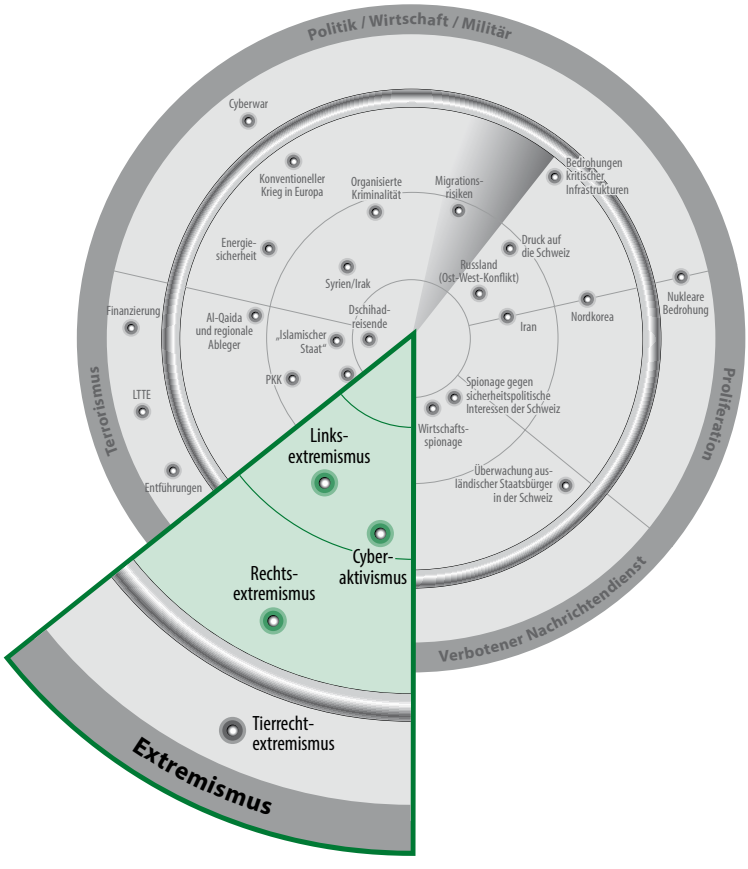
- weil das EDA wegen der besonderen Gefahrenlage Reisen dorthin als zu risikoreich einschätzt
- und weil das EDA oft nur beschränkten oder gar keinen Zugang zu Krisengebieten hat und deshalb die Schweizer Mitbürgerinnen und Mitbürger dort nur beschränkt oder gar nicht unterstützen kann. ■

Im Internet unter
www.eda.admin.ch/reisehinweise
www.dfae.admin.ch/voyages
www.dfae.admin.ch/viaggi
www.twitter.com/travel_edadfae
www.itineris.eda.admin.ch

Als App für Android und iPhone
itineris

Rechts-, Links- und Tierrechtextremismus

Weiterhin besteht ein erhebliches Gewaltpotenzial in der rechts- wie in der linksextremen Szene. Es ist jedoch nicht staatsgefährdend und die Lage hat sich in den letzten Jahren beruhigt. Nach wie vor halten sich Rechtsextreme in der Öffentlichkeit bedeckt, und Gewalttaten lassen weitgehend keine strategische Ausrichtung erkennen. Die Intensität linksextremer Gewalttaten hat nachgelassen. Im Rahmen von Demonstrationen zeigt sich aber eine erhebliche Aggressivität, insbesondere auch gegen Personen.



LAGE

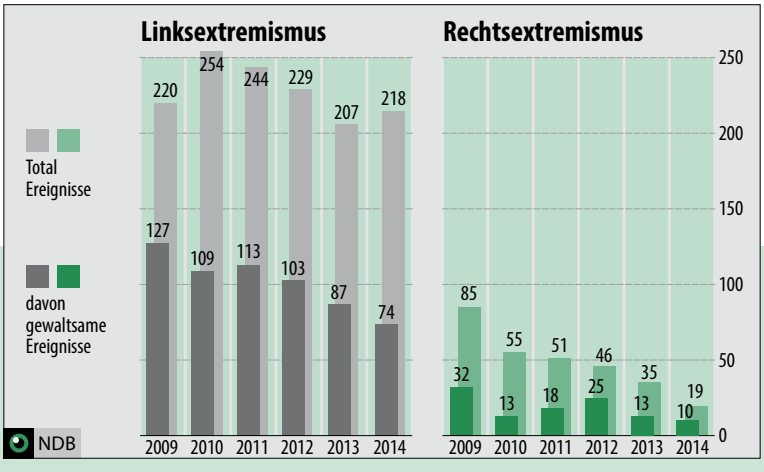
Weiterhin ruhige Lage

Im Jahr 2014 wurden dem NDB 19 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Rechts- und 218 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus bekannt; blosse Schmierereien wurden nicht mitgezählt. Die Anzahl der festgestellten Ereignisse ist damit im Bereich Rechtsextremismus um die Hälfte zurückgegangen, im Bereich Linksextremismus um rund fünf Prozent gestiegen. Da diesen Prozentwerten tiefe Zahlen zugrunde liegen, sind Jahresschwankungen kaum aussagekräftig. Allerdings sind die Zahlen im Bereich Rechtsextremismus seit 2009 rückläufig, was im Bereich Linksextremismus seit 2010 tendenziell auch gilt. Sie liegen seit Jahren im rechtsextremen Bereich auf tiefem, im linksextremen auf vergleichsweise hohem Niveau.

Mit Gewalt verbunden waren rund 50 Prozent der dem NDB bekannt gewordenen Ereignisse im Bereich Rechts- und rund 34 Prozent im Bereich Linksextremismus. Das Gewaltspektrum reichte 2014 in beiden Szenen von Farbanschlägen über Brandanschläge mit unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) bis zu körperlicher Gewalt gegen Personen. Wird physische Gewalt gegen Personen ausgeübt, geht es meist um Auseinandersetzungen mit der Polizei (namentlich Linksextremismus) oder Schlägereien. Weiterhin ist im Falle eines Aufeinandertreffens der beiden extremistischen Lager mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zu rechnen; die Polizei trägt diesem Umstand anlässlich erkannter Veranstaltungen der einen Seite mit ihrem Dispositiv Rechnung.

Rechtsextremismus

Weiterhin hält sich die rechtsextreme Szene bedeckt; was an Gewalttaten sichtbar wird, lässt weitgehend keine strategischen Absichten erkennen. Eine Ausnahme bildet möglicherweise die Platzierung einer USBV Ende Mai vor dem Durchgangszentrum in Thun BE. Diverse Sprayereien deuten auf eine rechtsextreme Täterschaft, und der Brandanschlag erfolgte einen Tag vor dem Einzug der Bewohner in die Asylunterkunft. Insgesamt sind Angriffe auf Einrichtungen des Asylwesens durch rechtsextreme Täter selten; Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gehören jedoch zum Rechtsextremismus. Dies zeigt sich nicht nur bei Verstössen gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm (Art. 261bis StGB) oder bei Schmierereien und auf Transparenten, sondern auch bei Angriffen auf Personen. Provokationen, Pöbeleien oder tätliche Angriffe – meist im Zusammenhang



Dem NDB gemeldete rechts- oder linksextrem motivierte Ereignisse seit 2009 (ohne Schmierereien)

mit Alkohol im Ausgang – richten sich zudem gegen linksextreme oder als linksextrem angesehene Personen. Derlei kann mit schweren Verletzungen des Opfers enden, so wie im Januar 2014 der Angriff mehrerer Rechtsextremer auf einen Einzelnen an der Dorffasnacht von Schübelbach SZ. Es dürften nicht alle Vorfälle der Polizei bekannt werden, weil Vorfälle ohne schwere Verletzung längst nicht alle angezeigt werden und die Polizei deshalb eher zufällig davon Kenntnis erhält.

Mit niedriger Frequenz finden in der Szene sowohl Konzerte wie Veranstaltungen zu Jahrestagen statt. Auch hier suchen die Rechtsextremen nicht den grossen Auftritt, sondern halten sich von der Öffentlichkeit möglichst fern. So lieferten der Bundesfeiertag und die Gedenktage für die Schlachten von Sempach und Morgarten einen Grund für kleinere Veranstaltungen: Auf dem Rütli trafen sich am 2. August 2014 rund dreissig Rechtsextreme, Sempach LU war am 5. Juli 2014 für rund achtzig Rechtsextreme Anlass zu einer Schlachtfeier mit Grillfest und Konzert, etwa die gleiche Anzahl Personen veranstaltete am 22. November 2014 nach Eindunkeln einen Fackelmarsch zum Morgartendenkmal in Oberägeri ZG. Vereinzelt und unter möglichst langer Vermeidung genauer Orts- und Zeitangaben finden Skinheadkonzerte statt; Räume hierzu werden unter falschen Angaben gemietet oder von Personen zur Verfügung gestellt, die zur Szene gehören oder ihr nahestehen. Jüngste Ausnahme von dieser seit Längerem währenden Öffentlichkeitsabstinenz war der Aufmarsch in Solothurn Mitte Februar 2014, doch wurde auch dieser verdeckt vorbereitet, die rund achtzig Rechtsextremen verbargen ihr Gesicht hinter Masken und verteilten sich nach einer Viertelstunde in alle Richtungen.

Vereinzelt wurde auch festgestellt, dass Rechtsextreme den Umgang und Kampf mit Waffen trainieren. Weiterhin gilt, dass Rechtsextreme zum Teil bewaffnet sind und mitgeführte Waffen gegebenenfalls auch einsetzen können. Schusswaffen werden gesammelt, gehandelt und möglicherweise auch über die Grenze geschmuggelt. Es ist aufgrund von Erkenntnissen aus Hausdurchsuchungen – in der Regel als Zufallsfunde – anzunehmen, dass in der Szene vielfach grössere Sammlungen funktionstüchtiger Waffen bestehen.

Linksextremismus

Der Einsatz von USBV, Brandanschläge und Angriffe auf Motorfahrzeuge durch eine linksextreme Täterschaft blieben selten. Trotz eines Buttersäureanschlags auf das Migrationsamt

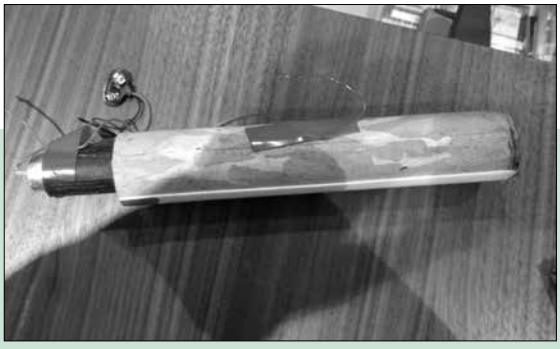
Mitglieder der Gruppierung Blood & Honour Combat 18 France, darunter Schweizer Staatsbürger

des Kantons Zürich im Juni 2014 fällt seit einiger Zeit auf, dass die schweren Straftaten, wie sie der Einsatz von USBV oder Brandstiftung darstellen, seltener werden. Auch körperliche Angriffe sind selten, obwohl das Aggressionspotenzial im Rahmen von Veranstaltungen, namentlich gegenüber Sicherheitskräften, hoch bleibt. Die linksextreme Szene bevorzugt derzeit Farbanschläge oder Transparentaktionen; allenfalls werden handelsübliche Feuerwerkskörper eingesetzt.

Die Szene bleibt bei ihren eigenen Themen, propagiert sie jedoch häufig aus Anlässen, die sie nicht selbst generiert. Diese Themen werden – mit regionalen Schwerpunkten – immer wieder neu kombiniert. So setzten sich Linksextreme im Zusammenhang mit „Reclaim the Streets"-Veranstaltungen für mehr Freiräume ein und verknüpften dies mit ihrem Kampf gegen „Repression". Gegen „Repression" wurde aber auch im Zusammenhang mit Kritik an „Rassismus" und „Nationalismus" demonstriert, Themen, die sich auch mit „Migration" und „Antifaschismus" verbinden lassen. Unter „Antifaschismus" versteht die Szene nicht nur den Kampf gegen die extreme Rechte, sondern gegen das kapitalistische System schlechthin, und der Protest gegen „Ausschaffungsknäste" verbindet die Themen „Migration" und „Repression".

Anlass für Protest und Anschläge boten einzelne Ereignisse wie verschiedene Volksabstimmungen, die Kriegshandlungen in Kobane (Syrien) und im Gazastreifen (Palästinensische Autonomiegebiete), die Miss-Schweiz-Wahl in Bern oder eine Rede des Fifa-Präsidenten an der Universität Zürich, aber auch Gerichtsverhandlungen gegen Szeneexponenten.

Weiterhin ist das World Economic Forum (WEF) in Davos GR ein Ziel der linksextremen Szene, hat als solches aber durch das Versiegen einer breiteren Antiglobalisierungsbewegung an Gewicht verloren. Trotzdem wurden neben anderen gewaltsamen Aktionen mit WEF-Bezug am 21. Januar 2015 USBV-Anschläge auf je eine Firma im Bereich Rüstungs- beziehungsweise Sicherheitstechnik verübt. In den Fokus der Linksextremen war zuvor die Ministerratstagung der OSZE anfangs Dezember 2014 in Basel geraten. Im Nachgang zur bewilligten Kundgebung am Abschlusstag der Ministerratstagung kam es zu Ausschreitungen; die Veranstaltung selbst konnte nur Dank des massiven Sicherheitsdispositivs störungsfrei durchgeführt werden. In Zürich sorgte die Räumung des Labitzke-Areals hauptsächlich in den Sommermonaten 2014 für Proteste und Aktionen. Stand bei der OSZE die Kritik an „Imperialismus" und „Repression" im Vordergrund, war es hinsichtlich des Labitzke-Areals der Einsatz für „Freiraum". Genau eine Woche nach der Kundgebung gegen die OSZE in Basel bot eine mutmasslich in der linksextremen Szene Zürichs organisierte „Reclaim the Streets"-Demonstration, zu der im unmittelbaren Vorfeld verdeckt per SMS aufgerufen worden war, in Zürich Anlass für Sprayereien, Plünderungen und angezündete Autos und Container. Da-



bei wurden auch Polizisten mit Laserpointern, Steinen, Knallkörpern, Fackeln und Flaschen angegriffen – sieben Polizisten wurden verletzt, zwei konnten sich mit Glück unverletzt retten, nachdem ein Demonstrant eine brennende Handlichtfackel in ein Patrouillenfahrzeug geworfen hatte.

Ziel von Anschlägen und Protesten waren Polizeiposten, Gefängnisse, Bankfilialen oder Konsulate, zum Beispiel im Zusammenhang mit Migration das spanische Konsulat in Zürich. Die Berner Reitschule bleibt ein Ausgangspunkt von Gewaltaktionen in der Bundesstadt.

Internationale Verflechtungen

Die beiden internationalen Skinheadgruppierungen Blood & Honour und Hammerskins bleiben aktiv; Exponenten der Schweizer Ableger reisen zu Kontakten ins europäische Ausland. Gleiches gilt für Veranstaltungen wie Skinheadkonzerte: Sie werden von Schweizer Rechtsextremen besucht, nicht nur in den Nachbarländern der Schweiz, sondern europaweit. Auf Veranstaltungen rechtsextremer Gruppierungen treten vereinzelt Schweizer Rechtsextreme als Redner auf. Die Kontakte bleiben jedoch an die jeweilige Person gebunden, darüber hinausgehende Strukturen sind kaum festzustellen. Grenzübergreifend ist in der französischsprachigen Schweiz und in Frankreich die Gruppierung Combat 18 France, deren Formierungsprozess allerdings wegen Haftstrafen von Mitgliedern ins Stocken geraten ist. Weiterhin gilt die Feststellung, dass in den letzten Jahren vereinzelt deutsche Rechtsextreme ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegt haben. Es wurde aber bislang nicht festgestellt, dass dies im Zusammenhang mit ihrer gewaltextremistischen Haltung stand oder dass Strukturen deutscher rechtsextremer Gruppierungen in die Schweiz verlegt wurden.

Strukturierter ist die internationale Zusammenarbeit auf linksextremer Seite. Der Secours Rouge International (SRI) unterhält zwei Generalsekretariate, eines in Belgien, das andere in der Schweiz. Der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ) ist hier als treibende Kraft anzusehen, das Engagement gilt namentlich griechischen und italienischen Aktivisten. Darüber hinaus bleiben die personellen Bezüge nach Italien bestehen, auch zur Federazione Anarchica Informale. Diese zeichnete für die letzten grösseren Anschläge in der Schweiz und auf Schweizer Interessen im Ausland verantwortlich, ist jedoch aufgrund der Erfolge der italienischen Strafverfolgung zu Teilen geschwächt. Der gewalttätige Umweltaktivist und Anarchist Marco Camenisch, der bis 2018

Links: Sichergestellte USBV, Kanton Zürich im Januar 2015

Rechts: Farbanschlag in Basel, Dezember 2014

in der Schweiz eine Haftstrafe wegen Mordes zu verbüssen hat, bleibt ein Referenzpunkt der Szene im In- und Ausland. Weiterhin unterstützen Schweizer Linksextreme den Kampf gegen den Bau der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung zwischen Turin (Italien) und Lyon (Frankreich) durch das Susatal (No TAV) und gegen das Flughafenprojekt Notre-Dame-des-Landes in Frankreich. Festzustellen sind auch Verbindungen von gewaltbereiten Schweizer Tierrechtextremisten zu Schweizer Linksextremen und anarchistischen Aktivisten im Ausland, insbesondere in Norditalien. Schliesslich hat der Protest der linksextremen Szene unter dem Schlagwort „Kobane“ (die von Kurden verteidigte syrische Stadt an der Grenze zur Türkei) auch gezeigt, dass Verbindungen zu linksextremen Gruppierungen aus der Türkei und zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) weiterhin bestehen und zumindest situativ gemeinsame Aktionen möglich sind.

Tierrechtextremismus

Zerstörte Jagdhochsitze oder Farbanschläge zeugen davon, dass unbekannte Täter weiterhin im Namen der Animal Liberation Front (ALF) mit rechtswidrigen Aktionen gegen die Bejagung von Tieren vorgehen beziehungsweise gegen die Nutzung und für die Befreiung von Tieren kämpfen. Solche Anschläge sind in der Schweiz selten, finden sich aber in allen Bereichen, in denen Tiere genutzt werden, sei es zur Ernährung oder zur Kleidung, Forschung oder Unterhaltung. Nebst diesem allgemeinen Kontext stehen Aktionen aus der tierrechtextremistischen Szene meist in Zusammenhang mit spezifischen Kampagnen. Dabei werden konkrete Ziele bezeichnet und eine möglichst effektive Vorgehensweise gesucht: So werden im Rahmen der Kampagne Gateway to Hell weltweit Fluggesellschaften angegriffen, um gegen die Vivisektion zu kämpfen. Die als Ziel bezeichneten Fluggesellschaften sollen Transporte durchführen, die Tiere aus der Zucht zu den Laboren bringen. Sofern Aktionen im Rahmen solcher Kampagnen die Urheber erkennen lassen, bleiben sie meist im legalen Rahmen, während rechtswidrige Aktionen von unbekannten Tätern meist unter der Bezeichnung ALF durchgeführt werden. Gewaltbereite Personen aus der Szene der Schweizer Tierrechtextremisten beteiligen sich zudem an Aktionen der gewaltbereiten linksextremen Szene und unterhalten Kontakte zu deren Führungspersonen.

Tatwerkzeug des Farbanschlags in Basel, Dezember 2014

BEURTEILUNG

Rechtsextremismus

Die rechtsextreme Szene bleibt auf sich selbst zurückgeworfen. Sie findet, obwohl Anknüpfungspunkte vorhanden sind, kein Gehör in der Öffentlichkeit. Versuche, in der institutionalisierten Politik Fuss zu fassen, hat sie bereits vor einigen Jahren eingestellt. In der Gesellschaft wie im Wirtschaftsleben stossen rechtsextreme Ansichten weitgehend auf Ablehnung; Veranstaltungen, für die die Szene auf Logistik von ausserhalb angewiesen ist, kann sie nur verdeckt beziehungsweise getarnt durchführen und muss einen alternativen Plan bereithalten. Diese Einschränkungen schlagen sich im Verhalten nieder, zumal Rechtsextreme, falls sie als solche namentlich erkannt werden, auch mit persönlichen Konsequenzen bis hin zum Verlust der Arbeitsstelle oder des Ausbildungsplatzes zu rechnen haben. Die Rechtsextremen tragen dieser Situation Rechnung, indem sie sich klandestin verhalten, kaum die Öffentlichkeit suchen und sich im Internet via soziale Medien hauptsächlich in geschlossenen Gruppen organisieren. Ihre Weltsicht vereinigt Herrschaftsphantasien und Untergangsängste, aus denen sie keine umfassenden Strategien zu entwickeln vermögen. Der Rückgang der festgestellten Ereignisse bezeugt dies. Gleichzeitig zeigt die Lage aber auch, dass Rechtsextreme weiterhin aktiv sind und über beträchtliches Gewaltpotenzial verfügen. Gerade unter Alkoholeinfluss im Ausgang sind auch gewaltsame Aktionen weiterhin wahrscheinlich.

Linksextremismus

Die Erfolge der Strafverfolgung in den letzten Jahren und die im Vergleich mit vielen Ländern Europas generell als geringer einzuschätzende Gewaltbereitschaft bei politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz dürften einen Beitrag zur derzeit ruhigen Lage im Bereich Linksextremismus leisten. Der Revolutionäre Aufbau Schweiz, insbesondere seine Zürcher Sektion, der RAZ, bleibt der Taktgeber der Szene. Da eines der Generalsekretariate des SRI vom RAZ geführt wird, bleibt die Schweizer gewalttätige linksextreme Szene mit Entwicklungen vornehmlich im europäischen Ausland verknüpft. Mit Marco Camenisch besteht weiterhin ein Motivgeber für Anschläge in der Schweiz oder auf Schweizer Interessen im Ausland, der auch ausländische linksextreme Gruppierungen zu Aktionen veranlassen könnte. Dies ist insofern bedeutsam, als die Schweizer gewalttätige linksextreme Szene derzeit kaum mehr USBV-

Propaganda des Revolutionären Aufbaus anlässlich WEF 2015

Anschläge verübt, von schweren Gewalttaten wie etwa dem Einsatz einer Paketbombe ganz abgesehen. Der RAZ als Taktgeber kann die Szene zwar zu – auch gewaltsamen – Aktionen antreiben, jedoch die individuelle Bereitschaft zu Gewalttaten nicht beliebig beeinflussen. Das Gewaltpotenzial der Szene ist allerdings weiterhin vorhanden.

Thematisch ist keine Neuorientierung der Szene zu erwarten: Sie bewirtschaftet zum einen weiterhin ihre eigenen Themen und verknüpft ihre Weltsicht jeweils mit aktuellen Ereignissen oder Entwicklungen; die Resonanz in der grösseren Öffentlichkeit bleibt bescheiden. Es ist derzeit keine Entwicklung festzustellen, die zur Herausbildung einer sozialen Bewegung führen könnte, die von der gewaltbereiten linksextremen Szene als Plattform genutzt beziehungsweise instrumentalisiert werden könnte. Eine Ausnahme von dieser Aussage bilden weiterhin städtebauliche Entwicklungen und die Kommerzialisierung der Freizeitkultur, die zu Kritik und Protesten Anlass bieten und sich mit der Forderung nach „Freiräumen" verbinden lassen. Die linksextreme Szene wird hier sich bietende Gelegenheiten zum einen als Plattform zur Selbstdarstellung und unter Umständen für Gewaltaktionen, zum anderen aber auch dazu nutzen, Nachwuchs zu rekrutieren.

Tierrechtextremismus

Eine kleine Szene gewaltbereiter Tierrechtextremisten bleibt in der Schweiz bestehen. Mit Ausnahme einer rechtsextrem ausgerichteten Gruppierung im Tessin sind diese Gruppierungen linksextrem geprägt und mit der linksextremen Szene verbunden. Sie mögen so zwar immer wieder solidarische Erwähnung in linksextremen Kreisen finden und in Einzelfällen auch personelle Unterstützung erfahren, mit ihrem Thema und ihren Zielen können sie die linksextreme Szene aber nicht prägen. Ihre Kampagnen, sowohl die spezifisch schweizerischen als auch die internationalen, führt die kleine Szene mit meist legalen Mitteln.

GEGEN DIE
« STADT DER REICHEN »

Vorschlag für einen Kampf gegen die
städtischen Umstrukturierungsprozesse in Zürich

Wer die Entwicklungen des städtischen Raumes von Zürich in den letzten Jahren beobachtete, nicht aus dem Fenster einer Luxuswohnung oder durch die Bildschirme der Informationsmittel, sondern auf den Strassen des sozialen Lebens, der dürfte von der

in jeder kapitalistischen Gesellschaft besteht, und der sich besonders deutlich in der Verwaltung des städtischen Raumes ausdrückt. Der massenhafte Angriff auf die Europaallee, als Speerspitzenprojekt der neuen „Stadt der Reichen", auf die sich Zürich am

Der Krawall vom
12. Dezember

Die Europaallee ist wohl eine besonders häusliche Glas- und Betonhaut. Sie ist ein Projekt,

Nachträgliche Propaganda zu den Ausschreitungen in Zürich am 12. Dezember 2014

AUSSICHTEN

Gewaltpotenzial

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Lage in einem der Bereiche des Gewaltextremismus auf absehbare Zeit ändert, insbesondere was die Gewaltanwendung betrifft. Die beruhigte Lage ist im Wesentlichen gleich zu beurteilen wie in den Vorjahren, was auch bedeutet, dass das Gewaltpotenzial vorhanden bleibt und jederzeit ohne weitere Vorwarnung aktiviert werden kann. So bleibt in der Schweiz das Potenzial für schwere Straftaten kleiner als bei den entsprechenden Gruppierungen im Ausland; mit schweren Straftaten ist der Einsatz von Schusswaffen, Sprengstoff oder die direkte und konkrete Bedrohung von Personen mit Gewalt gemeint. Namentlich auf linksextremer Seite scheinen derzeit weitgehend Exponenten zu fehlen, die Anschläge mit USBV verüben, wie vor einigen Jahren üblich. Möglich bleiben aber Gewaltausbrüche in emotional aufgeheizten Situationen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Demonstrationen. Dabei kann es sich um spontane Raufhändel handeln, aber auch um geplante Gewaltaktionen, die aus dem Schutz der Menge heraus verübt werden. Das Zusammentreffen rechts- und linksextremer Exponenten birgt immer noch erhebliches Gewaltpotenzial, das durch Zutun weiterer gewaltextremistischer und terroristischer Gruppierungen wie der PKK oder von Salafisten und (mutmasslichen) Unterstützern des „Islamischen Staats“ verschärft werden kann. Einzelne, Kleingruppen oder Organisationen können nach einem Terroranschlag mehr oder minder spontan mit Gewaltaktionen reagieren. Solche Anschläge richten sich gegen Personen, Institutionen oder Symbole, die der (mutmasslichen) Täterschaft des Anschlags zugerechnet werden. Trotz vereinzelt festgestellter Schweizer Staatsangehöriger an den – mit rechtsextremer Beteiligung teilweise gewaltsam verlaufenden – Demonstrationen unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ in Deutschland gibt es keine Anzeichen dafür, die solches auch in der Schweiz erwarten lassen. Die Überschneidungen zwischen den Szenen der Rechtsextremen und der Hooligans sind hierzulande gering.

Rechtsextremismus

Die rechtsextreme Szene in der Schweiz bleibt diffus; sie ist aufgrund ihres konspirativen Verhaltens, ausbleibender öffentlicher Auftritte und fehlender strategischer Leitbilder schwierig zu fassen. Die meisten Rechtsextremen werden persönlich weiterhin versuchen, nicht aufzufallen, um nicht schwere Konsequenzen wie etwa den Verlust des Arbeitplatzes oder der Lehrstelle in Kauf nehmen zu müssen. Auch die

Anlässlich einer linksextrem motivierten Demonstration im Februar 2014 in Solothurn bei einem Teilnehmer sichergestellte Gegenstände – Fahrradkette und Pfefferspray

Szene insgesamt wird versuchen, unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle zu bleiben, muss aber gleichzeitig dafür sorgen, nicht gänzlich zu verschwinden. Diese Ausgangslage wird dazu führen, dass der Rechtsextremismus immer wieder in Erscheinung treten wird. Wachsamkeit der Behörden empfiehlt sich deshalb weiterhin. Den zum einen könnten Rechtsextreme bei Gelegenheit durchaus versucht sein, provokativ aufzutreten, Präsenz zu markieren und ihnen missliebige Personen zumindest zu schikanieren, und zum anderen könnte nachlassende Wachsamkeit dazu führen, dass die Szene wieder wächst.

Mit Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands) ist in einzelnen Städten Deutschlands eine grössere Bewegung entstanden, deren Fortbestand allerdings ungewiss ist und die trotz inhaltlichen und personellen Berührungspunkten nur in Teilen als rechtsextrem anzusehen und nicht als gewaltbereit zu klassifizieren ist. Das diffuse Gedankengut der rechtsextremen Szene aus Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Superioritäts- und Ohnmachtsgefühlen, Verschwörungstheorien und Antisemitismus könnte allerdings mit der Islamfeindlichkeit eine neue Spitze erhalten. Zudem befürworteten Pegida-Anhänger in der Schweiz vereinzelt in sozialen Medien Gewalt gegen muslimische Einrichtungen, die andernorts in Europa verschiedentlich angegriffen wurden. Nichts illustriert die derzeit diffuse Lage deutlicher als der Umstand, dass auch dschihadistisch motivierte Internetnutzer anlässlich des jüngsten Gazakriegs auf rechtsextreme Propagandainhalte zurückgriffen, um gegen Juden in der Schweiz und gegen Israel zu mobilisieren. Gewalt auf die Strasse zu tragen, ist den diversen im Internet dazu Aufrufenden jedoch bisher in der Schweiz nicht gelungen, und es fehlen konkrete Hinweise, dass sich dies ändern könnte. Sollte sich Pegida als mehr als ein kurzzeitiges Phänomen erweisen, sind dennoch die Auswirkungen auf die rechtsextreme Szene noch vollends offen – einerseits könnte Pegida für einen Aufschwung oder ein Rekrutierungsfeld der (allenfalls veränderten) rechtsextremen Szene sorgen oder aber sie andererseits klein halten, weil potenzieller Nachwuchs absorbiert wird. Zudem können öffentliche Auftritte von Pegida zu gewaltsamen Konfrontationen mit gewalttätigen linksextremen Gegendemonstranten führen.

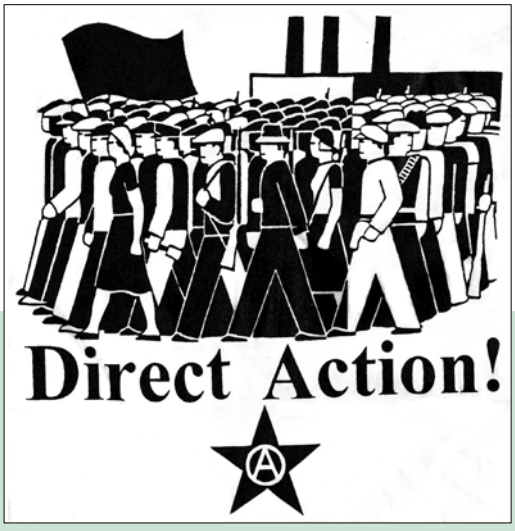
Transparent Rechtsextremer, Kanton Zürich im Mai 2014

Linksextremismus

Das Generationenproblem des gewalttätigen Linksextremismus in der Schweiz bleibt bestehen; weiterhin ist es nicht die jüngere Generation, die den Takt angibt. Während Kritik am „Kapitalismus“ oder am „System“ durchaus Resonanz findet, gilt dies für die Zielvorstellung „Kommunismus“ weitestgehend nicht. Unter dem Stichwort „Anarchie“ sind in Einzelfällen eine erhöhte Gewaltbereitschaft, ansonsten aber allenfalls Autonomiekonzepte zu finden, die der Komplexität der heutigen Welt nicht gewachsen sind. Dass Ziele nur negativ als Systemkritik bezeichnet werden, kann dazu führen, dass anarchistische Gewalt mit Einzelthemen verknüpft wird, zum Beispiel mit ökologischen Zielvorstellungen oder mit Tierrechten. In der Gesamtschau ergibt sich aus diesen Feststellungen, dass in der gewalttätigen linksextremen Szene künftig autonom-anarchistische auf Kosten kommunistischer beziehungsweise marxistisch-leninistischer Konzepte wichtiger werden könnten. Eine Konsequenz hieraus könnte sein, dass Anschlagsziele noch breiter gestreut werden und vermehrt auch mit Sabotageakten gerechnet werden muss. Mit einem Anstieg von Gewalt und schweren Anschlägen ist aber zumindest kurzfristig nicht zu rechnen. Potenzial für Gewaltanwendung und gewaltsame Konfrontationen bieten neben dem erwähnten Zusammentreffen mit Rechtsextremen vor allem Veranstaltungen, die ein grösseres Sicherheitsdispositiv erfordern. Dies sind neben – teilweise wiederkehrenden – Ereignissen auch Veranstaltungen der an sich gewaltfreien Freiraumszene. Teile der Freiraumszene können sich allerdings gegebenenfalls an Ausschreitungen beteiligen.

Tierrechtextremismus

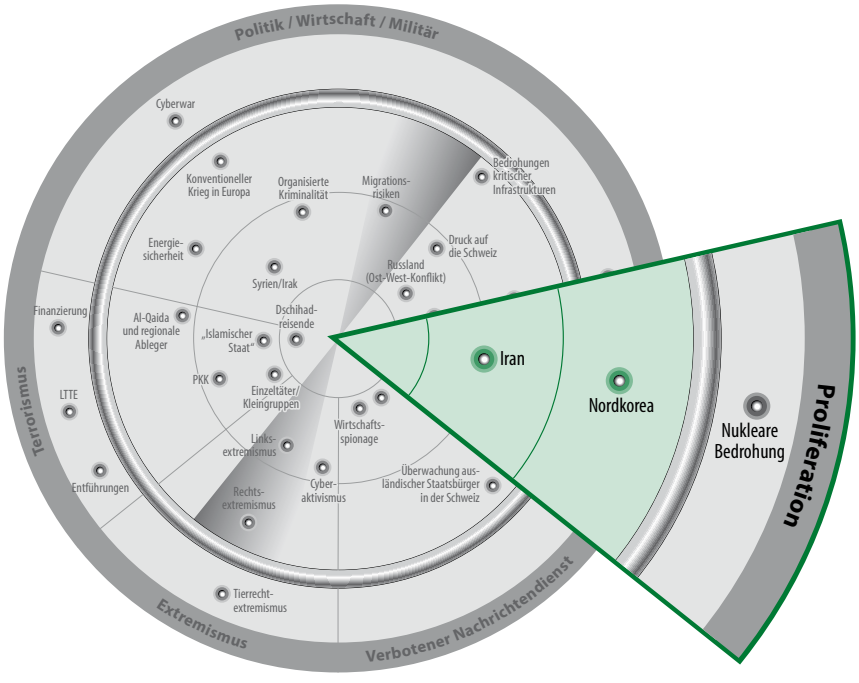
Im August 2014 wurde die Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty eingestellt. Die in Grossbritannien lancierte Kampagne beziehungsweise die sie tragenden gewalttätigen Tierrechtextremisten waren zuzeiten für die Gewaltaktionen in der Schweiz verantwortlich. Der Erfolg, vornehmlich der britischen Strafverfolgungsbehörden, ist mitverantwortlich dafür, dass die gewaltbereiten Schweizer Tierrechtaktivisten hierzulande zum einen ihre Ziele meist mit legalen Mitteln verfolgten und zum anderen ihr Gewaltpotenzial nur im Rahmen linksextremer Zielsetzungen zum Tragen kommt. Diese Auslandsabhängigkeit bedeutet auf absehbare Zeit, dass die Schweizer Szene wohl von sich aus keine gewaltsame Kampagne führen wird, aber allenfalls im Rahmen einer grösseren Kampagne gewaltbereite Aktivisten aus dem Ausland unterstützen könnte, so sie in der Schweiz tätig werden.



Propaganda zum Angriff auf einen Polizeiposten in Bern, Februar 2015

Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Eine Reihe von Staaten steht unter Beobachtung. Im Zentrum der Besorgnis stehen allerdings nach wie vor die Entwicklungen in Iran und Nordkorea. Betreffend Iran hat die Internationale Atomenergiebehörde wiederholt den Verdacht formuliert, dass dieses Land sein Nuklearprojekt nicht ausschliesslich für zivile Ziele verwendet, sondern seit Jahren verdeckt an der Entwicklung einer Kernwaffe arbeitet. Iran und die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats plus Deutschland haben im November 2013 ein seither mehrmals verlängertes Übergangsabkommen als Basis für weitere Verhandlungen über eine umfassende Kompromisslösung unterschrieben. Die Schweiz setzt sich entschieden gegen Proliferationsaktivitäten ein. Als innovativer, wettbewerbsfähiger Werkplatz und Wirtschaftsstandort hat sie ein besonderes Interesse daran, Beschaffungsversuche und Umgehungsgeschäfte zu verhindern.



LAGE

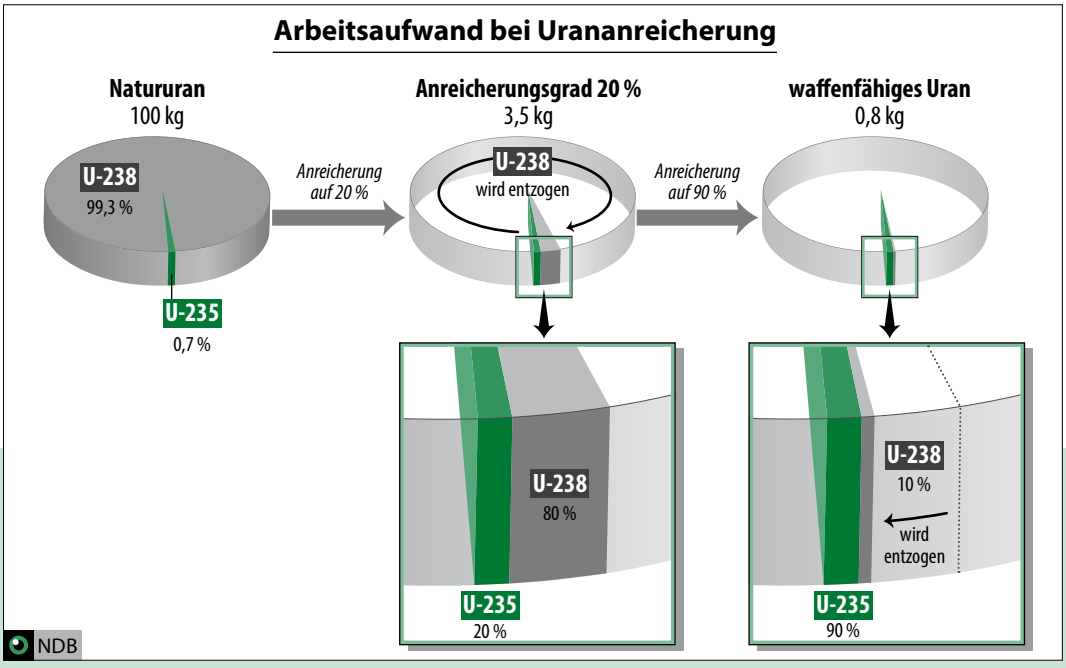
Iran und Nordkorea im Fokus

Im Bereich der Programme von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermitteln sowie der Weiterverbreitung der relevanten Technologien stehen weiterhin Iran und Nordkorea im Vordergrund. Die Lageentwicklung um das iranische Atomprogramm lässt weiterhin vorsichtigen Optimismus zu. Die an den Gesprächen beteiligten Staaten haben erkennbar Interesse an einer Lösung des Konflikts. Aus Sicht der Proliferation bleibt aber das inhärente Problem des iranischen Atomprogramms – die mögliche militärische Nutzung – bestehen, solange es nicht gelingt, zum einen ein robustes Überwachungsregime zu installieren und zum anderen einen umfassenden politischen Ausgleich mit Teheran zu erzielen. Dieser schwierige Verhandlungsprozess mit Iran, der von den fünf permanenten Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats USA, Grossbritannien, Frankreich, China und Russland sowie von Deutschland geführt wird, wurde 2014 fortgesetzt. Positiv zu vermerken ist, dass von den angespannten Beziehungen zwischen den USA und Russland als Folge der Ukrainekrise bis anhin keine negativen Auswirkungen auf die Gespräche mit Iran festgestellt werden mussten.

Auf dem indischen Subkontinent entwickeln sich die Arsenale und Technologien weiter. Pakistan arbeitet weiterhin an der Nuklearisierung des Gefechtsfelds und führt taktische Kernwaffensysteme bei der Truppe ein. Indien wird in absehbarer Zeit über eine einsatzfähige Interkontinentalrakete verfügen und arbeitet sich langsam an eine seegestützte Zweitschlagsfähigkeit heran. Beide Länder bekunden den Wunsch, der Nuclear Suppliers Group anzugehören und in den Kreis der etablierten Atommächte einzutreten.

Iranisches Nuklearprogramm: Auf hohem Stand vorläufig eingefroren

Das Genfer Übergangsabkommen zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats (USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und China) plus Deutschland



mit Iran vom November 2013 wurde über die ursprüngliche Dauer von sechs Monaten verlängert; es wird eingehalten. Damit verbleibt das iranische Programm weitgehend auf dem Stand von Ende 2013.

Im Rahmen seines Urananreicherungsprogramms verfügt Iran über rund 19'000 Zentrifugen. Deren künftige Begrenzung bildet weiterhin Gegenstand der Verhandlungen. Die besonders kontroverse Anlage von Fordo könnte von einer Produktionsanlage zu einer Forschungsanlage mit geringerer Anreicherungskapazität umgenutzt werden.

Die Schwelle des Urananreicherungsgrads von 3,5 Prozent, wie er für den Betrieb von zivilen Reaktoren zur Stromerzeugung notwendig ist, ist technisch überschritten. Das Übergangsabkommen verlangt jedoch von Iran, seine gesamten Vorräte an Uran mit Anreicherungsgrad von zwanzig Prozent zum Zweck einer zivilen Nutzung zu konvertieren oder zu verdünnen. Iran hält sich an diese Vorgabe. Auch die Möglichkeit zur Produktion von Plutonium für Kernwaffen rückt technisch in Reichweite. Gemäss iranischen Angaben sollte der Schwerwasserreaktor in Arak 2014 in Betrieb gehen. Das verlängerte Übergangsabkommen verschiebt diesen Zeitpunkt über 2015 hinaus. Hinsichtlich des Reaktors von Arak scheint durch ein Redesign des Reaktorkerns eine für beide Seiten akzeptable Lösung möglich zu sein.

Iran verfügt heute grundsätzlich über die Voraussetzungen für eine im Bedarfsfall rasche Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial. Bei einer vollständigen Umsetzung des Übergangsabkommens wird der Zeitbedarf für den Bau eines Sprengsatzes allerdings erhöht. Grundsätzlich positiv sind auch die Beziehungen Irans zur Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu werten, obgleich 2014 Differenzen über die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Zulassung bestimmter Inspektoren auftraten.

Iranische ballistische Raketen: Steter Ausbau

Iran hielt sich 2014 mit Raketentests weitgehend zurück, was dem Verhandlungsprozess im Nuklearstreit geschuldet sein dürfte, und beschränkte sich auf die Ankündigung neuer Waffensysteme. Auch das iranische Raumfahrtprogramm, das sich direkt auf die Technologie des militärischen Programms abstützt, zeigte nur geringe Fortschritte. Der quantitative Ausbau des Arsenals an ballistischen Raketen wird fortgesetzt, insbesondere von Systemen kürzerer Reichweite, wie sie etwa im syrischen Bürgerkrieg verwendet werden. Aber Systeme mit grösseren Reichweiten wurden seit 2012 nicht eingeführt.

Einen echten militärischen Quantensprung wird die Einführung der neuen Festtreibstoffrakete Ashura/Sejil (Reichweite 2'000 Kilometer) darstellen, die sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindet und dank einfacher und rascher Erstellung der Einsatzbereitschaft deutliche operationelle Vorteile bringen wird. Der stete Ausbau der iranischen Fähigkeit, Ziele in seiner Nachbarschaft mit ballistischen Raketen zu bedrohen, dürfte nicht unwesentlich zu den regionalen Aufrüstungsbestrebungen insbesondere in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten beitragen.

Links: Mit der Anreicherung auf 20 Prozent sind 90 Prozent der Trennarbeit für die Produktion waffenfähigen Urans geleistet. 20-prozentiges Uran wird in Forschungsreaktoren eingesetzt, zur Stromproduktion genügt eine Anreicherung auf 3,5 Prozent.

Nordkoreanisches Nuklearprogramm: Baufortschritte am neuen Reaktor

Informationen zum nordkoreanischen Nuklearprogramm bleiben weiterhin bruchstückhaft. Der neue Leichtwasserreaktor im Nuklearkomplex Yongbyon nördlich der Hauptstadt scheint weitgehend fertiggestellt zu sein. Der benachbarte alte Reaktor dürfte 2014 über längere Zeit in Betrieb gewesen sein. Zum Status des erstmals 2010 öffentlich gemachten nordkoreanischen Urananreicherungsprogramms sind wenige weitere Einzelheiten bekannt geworden. Jedoch zeigen Satellitenbilder eine zweite, ähnlich grosse Zentrifugenhalle, die eine Verdopplung der Anreicherungskapazität andeuten würde, wenn sie vollständig bestückt würde. Unbestätigte Quellen sprechen von einer hohen Autonomie Nordkoreas bei der Fertigung von Schlüsselkomponenten für seine Programme. Dies wäre aus Sicht der Proliferation von besonderer Tragweite.

Seit Februar 2013 führte Nordkorea keinen weiteren Kernwaffentest durch. Die wenigen Informationen aus dem abgeschotteten Land scheinen aber auf ein Bestreben hinzudeuten, die militärischen Mittel insbesondere qualitativ zu verbessern.

Nordkoreanische ballistische Raketen: Stetige Fortschritte

Die Grundlage des nordkoreanischen Raketenbaus bildet eine komplette Baureihe von Flüssigtreibstofflenkwaffen, die weitgehend auf der Technologie älterer Systeme der sowjetischen Baureihe Scud beruhen. Die nordkoreanischen Weiterentwicklungen kurzer und mittlerer Reichweite wurden bereits an zahlreiche Länder weiterverkauft. Die Modelle grösserer Reichweite Taepodong-1 und -2 präsentiert Nordkorea als Weltraumraketen, also als Bestandteile eines legitimen zivilen Forschungsprogramms. Eine technisch weiter fort-

geschrittene Flüssigtreibstoffrakete wurde 2013 an einer Parade gezeigt, ein Flugtest konnte aber noch nicht beobachtet werden, jedoch sollen die Antriebssysteme getestet worden sein. Sollte dieses mehrstufige System operationell werden, so würde auch Nordkorea über ein Einsatzmittel mit interkontinentaler Reichweite verfügen. Bei der moderneren Festtreibstoffraketentechnologie befindet sich Nordkorea im Vergleich zu Iran oder Pakistan weiterhin im Rückstand. Insgesamt testete Nordkorea 2014 rund 20-mal seine Lenkwaffen und verschoss dabei rund hundert Flugkörper. Auffällig waren dabei die zahlreichen Tests von Systemen kürzerer Reichweite und jene der Feststoffrakete vom Typ KN-02.

Pakistan und Indien: Optimierung und Ausbau gefestigter Arsenale

Auch auf dem indischen Subkontinent schreitet die Entwicklung von Technologien und Arsenalen voran. Pakistan verfügt über ein gut entwickeltes Arsenal von ballistischen Lenkwaffen, insbesondere der modernen Festtreibstoffbaureihen Ghaznavi und Shaheen (maximale Reichweite 2'500 Kilometer), die 2014 alle routinemässig getestet wurden. Alle Systeme sind in der Lage, Nuklearsprengköpfe zu tragen. Pakistan arbeitet derzeit an kleineren Trägersystemen und Marschflugkörpern, die für den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen geeignet sind. Der massive Ausbau der Plutoniumproduktionskapazitäten am Standort Khushab geht weiter. Er wird begleitet von einem Ausbau der Wiederaufbereitungskapazität.

Indien verfügt ebenfalls über ein reifes Arsenal an ballistischen Raketen. Insbesondere die Agni-Baureihe entspricht moderner Festtreibstofftechnologie und kann Nuklearsprengköpfe tragen. Etliche Baumuster der Reihe wurden in den vergangenen zwölf Monaten getestet, darunter die Agni-4 mit einer Reichweite von rund 4'000 km. Kleinere Modelle der Baureihe wurden von der sie einsetzenden Truppe geprüft. Die Arbeiten an einer interkontinentalen Agni-6 scheinen an die Hand genommen worden zu sein. Nach seinen eigenen Angaben interessiert sich Indien auch für die Technologie von Mehrfachsprengköpfen und möchte diese auf seinen Langstreckenraketen dereinst zum Einsatz bringen. Spätestens mit einem solchen System rückt dann auch Mitteleuropa und damit die Schweiz in Reichweite der indischen Waffen. Indien arbeitet weiter an der Vervollständigung seiner nuklearen Triade (land-, luft- und seegestützte Systeme). 2009 lief das nukleargetriebene U-Boot der Arihant-Klasse vom Stapel. Mit der gemeldeten Inbetriebnahme des Reaktors 2013 hatte Indien einen wichtigen Meilenstein in diesem langjährigen Programm erreicht und hat nun anscheinend Ende 2014 mit der Seeerprobung begonnen. Parallel dazu erfolgt die Entwicklung von seegestützten ballistischen Lenkwaffen. Indien baut nicht nur sein ziviles, sondern auch sein militärisches Nuklearprogramm weiter aus. Die Bestände an Kernwaffen dürften leicht tiefer liegen als jene Pakistans.

Links: Erweiterung der Nuklearanreicherungsanlage in Yongbyon, Nordkorea (2013)

BEURTEILUNG

Nuklearkrise mit Iran: Eine echte Chance?

Die Entwicklung in den erwähnten Nuklear- und Lenkwaffenprogrammen schreitet voran. Das iranische Nuklearprogramm ist im internationalen Kontext das virulenteste. Die Krise verläuft seit 2002 zyklisch. Mit dem Übergangsabkommen von November 2013 und seiner mehrmaligen Verlängerung scheint der jüngste Spannungszyklus wieder einen Höhepunkt überschritten zu haben. Durchbrochen würde der Zyklus jedoch erst, falls mithilfe einer neuen Dynamik zwischen Iran und den USA die umfassende Lösung der Nuklearkrise gelänge. Bisher hat Iran die Verdachtsmomente, wie sie von der IAEA regelmässig, aber seit Ende 2011 in eindringlicher Form vorgebracht werden, nicht entkräften können. Iran unterliegt deshalb internationalen wirtschaftlichen Sanktionen in einem Ausmass, das nahe an ein vollständiges Embargo heranreicht. Die Auswirkungen der Sanktionen auf die iranische Wirtschaft sind unübersehbar. Das Land hat grosse Schwierigkeiten, Finanzmittel, die durchaus noch vorhanden sind, zu verschieben und damit liquid zu bleiben. Die partielle Lockerung der Sanktionen linderte diesen Druck, jedoch zeichnen sich durch den Zerfall des Ölpreises neue Probleme ab. Trotz diesen Schwierigkeiten hat das iranische Nuklearprogramm einen Stand erreicht, der eine ausgehandelte Rückkehr zum Stand von vor zehn Jahren als illusorisch erscheinen lässt. Ein zentrales Ziel im Verhandlungsprozess ist es deshalb, die iranische Fähigkeit zum Ausbruch aus dem Kontrollregime des Atomwaffensperrvertrags hin zum Bau eines Sprengsatzes unter möglichst enger Kontrolle zu halten. Ein nuklear bewaffneter Iran hätte nicht nur Auswirkungen in der Region und darüber hinaus, sondern würde insbesondere das Fundament internationaler Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation zusätzlich erschüttern, könnte einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf entfachen und den regionalen Rüstungswettlauf auch im Bereich konventioneller Waffen intensivieren.

Nordkorea: Gesamte Produktionspalette für Kernwaffenprogramm verfügbar

Die nordkoreanischen Fähigkeiten in der Urananreicherung sind unklar, könnten im Bereich der Zentrifugentechnologie jedoch weiter sein als die iranischen. Ausgehend von der Entwicklungslinie des bekannten Programms, wäre die Existenz einer weiteren, älteren Anlage plausibel. Das Regime in Nordkorea hat sich in der Vergangenheit nicht gescheut, seine Raketentechnologie ohne Vorbehalte zahlreichen Kunden wie Pakistan, Iran, Libyen, Ägypten und Syrien zu verkaufen. Es ist in der Lage, die gesamte Produktionspalette für ein Kernwaffenprogramm anzubieten, von der Produktion des Spaltmaterials (Uran und Plutonium) über den Bau eines einfachen nuklearen Sprengsatzes bis hin zu den benötigten Trägermitteln.

AUSSICHTEN

Vielfältige Risiken für die Schweiz

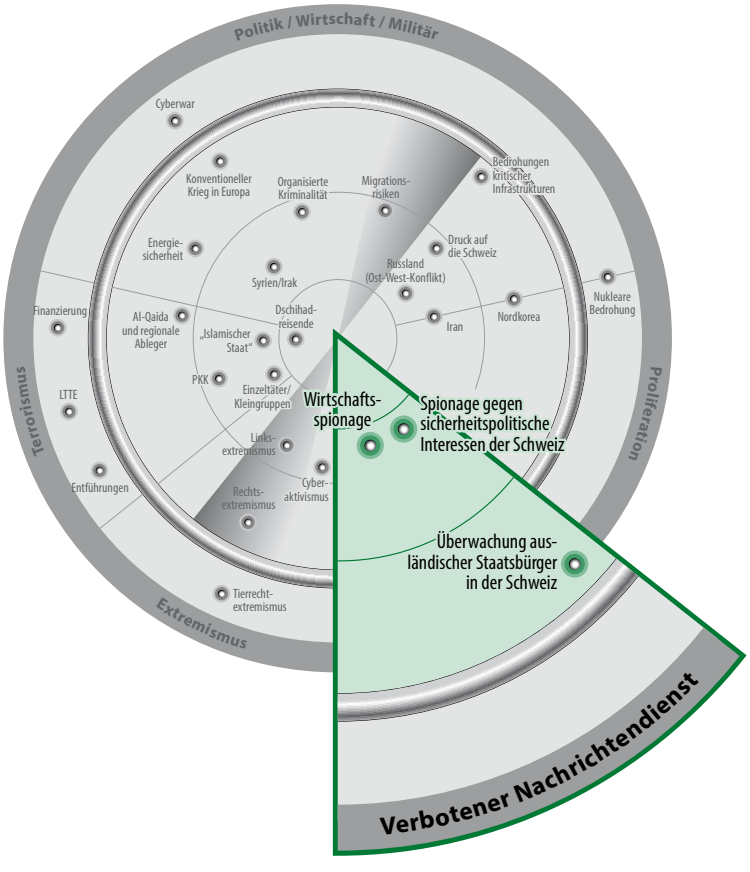
Der Fluss europäischer, kontrollpflichtiger Güter und Technologien über Drittländer in proliferationsrelevante Staaten ist für die Schweizer Exportkontrolle eine grosse Herausforderung. Die Schweiz verfügt über exzellente industrielle Fähigkeiten und bietet einen attraktiven und im internationalen Vergleich offenen Forschungsplatz. Während die Mobilität für Studenten aus der EU erschwert wurde, dürfte die Präsenz von Studenten aus Staaten ausserhalb der EU steigen, auch aus Staaten, die in proliferationstechnischer Hinsicht sensitiv sind. Dank der internationalen Kooperation und der Zusammenarbeit mit der Industrie können Schweizer Behörden immer wieder zahlreiche illegale Beschaffungsversuche vereiteln beziehungsweise aufdecken.

Die Herausforderungen nehmen jedoch zu. Die Beschaffungswege entwickeln sich weiter und werden neu organisiert. Viele von ihnen laufen über Asien. Die zunehmende Auslagerung von Produktion ins Ausland macht es sowohl für die Industrie als auch für die Behörden schwieriger, den Warenfluss kritischer Güter zu kontrollieren. Auch ist in den proliferationsrelevanten Bereichen eine Tendenz der Einkäufer festzustellen, auf die Beschaffung von Subsystemen und Komponenten zu fokussieren. Kritische Subsysteme zu identifizieren und dem illegalen Handel zu entziehen, ist ungleich schwieriger als vollständige Systeme, deren Ausfuhr grösseren und immer griffigeren internationalen Kontrollen unterworfen ist. ■

Mit 3D-Drucker hergestellte Metallteile, eine weitere Herausforderung der Proliferationsbekämpfung

Verbotener Nachrichtendienst und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen

Die Kadenz der Enthüllungen aus der Snowden-Affäre hat sich mittlerweile verlangsamt, was ihre neue sicherheitspolitische Dimension (über verbotenen Nachrichtdienst hinaus bis hin zu Informationssicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen und Produktesicherheit) jedoch nicht berührt. Da insbesondere Cyberspionage das Eindringen in Systeme und Netzwerke voraussetzt, bietet sie auch Gelegenheit zu Manipulationen und allenfalls Sabotage. Weiterhin gewinnt Cyberspionage an Bedeutung, ersetzt jedoch herkömmliche Spionagemethoden nicht – diese Spionagearten ergänzen sich eher, als dass sie sich konkurrenzieren. Ziel von Spionage bleibt die Informationsgewinnung zu verschiedenen Zwecken.



LAGE

Verschiedene Zwecke und Ziele

Verbotener Nachrichtendienst wird betrieben, um Informationen zu erlangen. Mit diesen Informationen soll zum Beispiel die Position der Täterschaft im internationalen politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb verbessert oder auch nur gefestigt werden. Die Informationen können auch der inneren Sicherheit oder dem Machterhalt eines Regimes dienen. Zudem können Gegner oder Konkurrenten mithilfe dieser Informationen gezielt beeinflusst oder unter Umständen durch Manipulation oder Zerstörung der Daten auch direkt geschädigt werden – der Zugang zu Daten und Informationen ist also nicht nur unter dem Gesichtspunkt des verbotenen Nachrichtendiensts, sondern auch dem der Sabotage zu betrachten. Ein eindrückliches Beispiel für diese Möglichkeit hat Ende 2014 das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bekannt gemacht: Mittels Spearphishing („Fischen mit dem Speer", gezielter Angriff) und Social Engineering (Beeinflussung/Manipulation von Personen im direkten Kontakt) gelang es einer Täterschaft, in das IT-Netzwerk eines Stahlwerks in Deutschland einzudringen. Sie konnte sich anschliessend bis in die Produktionsnetze vorarbeiten. Nach Ausfällen einzelner Steuerungskomponenten und ganzer Anlagen befand sich der Hochofen schliesslich in einem undefinierten Zustand. Die Täter verfügten nicht nur über Know-how im IT-Sicherheitsbereich, sondern auch über detailliertes Fachwissen zu Hochöfen.

In der Schweiz richtet sich verbotener Nachrichtendienst gegen sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen der Schweiz, aber auch gegen die Interessen Dritter, nämlich zum einen internationaler Organisationen, zum anderen in der Schweiz niedergelassener internationaler Firmen. Ausserdem sind auch in der Schweiz wohnhafte Gegner verschiedener Machthaber Ziel von nachrichtendienstlichen Aktivitäten; dies betrifft hauptsächlich (ehemalige) Angehörige von Staaten, in denen die demokratische Willensbildung eingeschränkt und die Meinungsäusserungsfreiheit nicht gewährleistet ist.

Vielfältige Methoden

Spionage ist eine verdeckte, in der Öffentlichkeit nicht wahrzunehmende Aktivität. Öffentlich bekannt werden hauptsächlich Cyberspionageangriffe, insbesondere durch Meldungen von auf IT-Sicherheit spezialisierten Firmen. Hier ist die Täterschaft schwierig zu eruieren, obwohl die eingesetzte Schadsoftware und die Zielsetzung einer Operation plausible Erwägungen zulassen. Unerkannt zu bleiben, ist einer der Vorteile von Cyberspionage, die zudem von einem Land aus betrieben werden kann, in dem auch eine identifizierte Täterschaft vor Verhaftung und strafrechtlichen Konsequenzen geschützt ist. Gegenüber traditionellen Methoden der Spionage ist dies ein Vorteil. Trotzdem werden solche weiterhin eingesetzt, wenn das Informationsbedürfnis dies gebietet – was mithin auch im Rahmen von Cyberoperationen, etwa zur Bestimmung eines Angriffsvektors,

notwendig sein kann. Die verschiedenen Methoden sind also als einander ergänzend und nicht als konkurrierend anzusehen.

Zu den klassischen Spionagemethoden gehören neben der Auswertung öffentlich verfügbarer Informationen (Open Source Intelligence, Osint) die Anwerbung und Abschöpfung von Informanten (Human Intelligence, Humint). Humint bedient sich weiterhin klassischer Mittel wie Agenten, die sich als Diplomaten, Journalisten, Forscher oder Geschäftsleute tarnen. Auch sie arbeiten heute mit sozialen Medien, die ihnen zum Beispiel die Identifikation von Zielpersonen und die Kontaktaufnahme erleichtern. Als Informant kommt in Frage, wer über die gesuchten Informationen verfügt oder Zugang dazu hat, also nicht nur Entscheidträger selbst, sondern zum Beispiel auch Übersetzer. Wenn also die Aussage, Cyberspionage gewinne weiterhin an Bedeutung, richtig ist, so ist sie mit der Feststellung zu ergänzen, dass weiterhin die traditionellen Spionagemethoden eingesetzt werden. Die allmählich wachsende Sensibilität gegenüber den Möglichkeiten von Cyberspionage und entsprechendes Verhalten werden dazu führen, dass der Einsatz der traditionellen Spionage nicht verschwindet.

Erkenntnisse aus der Snowden-Affäre

Seit Mitte 2013 rückten die vom ehemaligen Mitarbeiter eines Leistungserbringers für die National Security Agency (NSA) Edward Snowden ins Rollen gebrachten Enthüllungen die Tätigkeiten insbesondere der NSA, aber auch des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) ins öffentliche Bewusstsein. Zwar war die Problematik technischer Zugriffe zuvor in Fachkreisen diskutiert worden, erreichte aber mit den Erkenntnissen aus den Dokumenten Snowdens eine neue Dimension. Mittlerweile hat sich die Kadenz der Enthüllungen deutlich verlangsamt, was die sicherheitspolitische Dimension der Affäre jedoch nicht berührt. Nachrichtendienste beschaffen durch Kommunikationsüberwachung und aktives Eindringen in Informatiksysteme vertrauliche Informationen auf breiter Front. Sie können diese möglicherweise auch verfälschen oder sogar Prozesse oder Infrastrukturen manipulieren. Die Durchdringung der Kommunikation ist tief, fast flächendeckend und systematisch, entsprechend den Mitteln, die eingesetzt werden: Provider werden gesetzlich zur Datenherausgabe gezwungen, es bestehen verdeckte Zugänge zu den Hauptsträngen der Kommunikation, zudem wurden systematisch Verschlüsselungen aufgebrochen oder geschwächt, sogar internationale Kryptostandards beeinflusst. Ein Beispiel ist die landesweite Aufzeichnung von Mobiltelefondaten – unter dem Namen Mystic der Metadaten (verbundene Telefonnummern, Gesprächszeit und -dauer usw.) oder unter dem Namen Somalget auch der Kommunikationsinhalte (Bahamas und mindestens ein weiteres Land). Auch der im Februar 2015 bekannt gewordene mutmassliche Cyberangriff durch die NSA und den GCHQ auf einen der grössten Hersteller von SIM-Karten für Mobiltelefone entspricht dem Anspruch der Nachrichtendienste der Five-Eyes-Staaten, möglichst viele Kommunikationsinhalte potenzieller Ziele abzufangen. Enthüllungen Ende 2014 zeigen aber auch, dass es – Stand 2012 – der NSA nicht immer gelingt, Verschlüsselungen zu knacken.

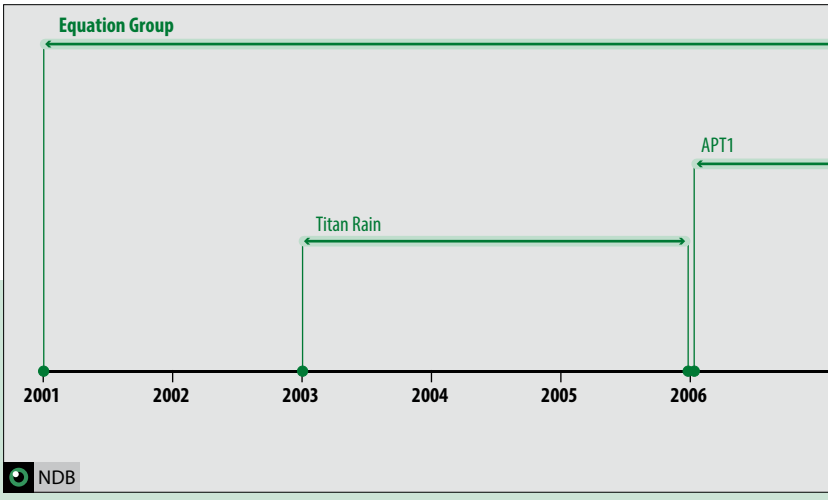
An zweierlei ist in diesem Zusammenhang zu erinnern: Zum einen sind die Nachrichtendienste der USA beziehungsweise der Five-Eyes-Staaten (USA, Grossbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland) nicht die einzigen, die – zumindest potenziell – über weitreichende elektronische Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten verfügen. Zum anderen gibt es auch Stimmen, die den Nutzen breit und auf Vorrat erhobener Daten anzweifeln, was bei gezielten Cyberangriffen zur Spionage weniger der Fall ist. Das Mittel des gezielten Angriffs steht aber sehr viel mehr Akteuren offen, seien es kriminelle Gruppen, Einzelne oder Staaten; gezielte Angriffe dienen nicht nur der Spionage, sondern auch der Bereicherung krimineller Akteure.

Cyberspionage: Advanced Persistent Threats

Seit gut einem Jahrzehnt werden elektronische Angriffe beobachtet, die aufgrund mehrerer Eigenschaften als Advanced Persistent Threats bezeichnet werden: Die Angriffe erfolgen zielgerichtet, sind von hoher Komplexität, sollen möglichst lang unentdeckt bleiben und dienen der Beschaffung spezifischer Daten. Aufgrund dieser systematisch zusammenhängenden Eigenschaften ist davon auszugehen, dass hinter solchen Operationen Staaten stehen, sei es als direkte Urheber, sei es als diejenigen, die den Auftrag erteilen, Mittel zur Verfügung stellen oder auch nur die Resultate verwenden. Das Ziel dieser Angriffe ist Spionage, möglicherweise in Verbindung mit Manipulation. Der Überblick über die erkannten Advanced Persistent Threats im Bereich Spionage zeigt, dass Operationen über mehrere Jahre liefen, sprich: nicht aufgedeckt wurden. Erkannt werden jeweils Schadsoftwarespuren, aus deren Aufbau und Zielsetzung zumindest plausible Rückschlüsse auf die Täterschaft beziehungsweise Urheberschaft möglich sind. Es sind verschiedene Länder, die hinter den im Folgenden genannten Operationen stehen. Publik gemacht werden sie regelmässig von darauf spezialisierten Firmen, die den Fällen auch die Namen geben – konkurrierende, falls mehrere Firmen gleichzeitig an einem Fall arbeiten.

- Im Februar 2015 berichtete das russische Unternehmen Kaspersky über die Equation Group, eine Hackinggruppe, die seit mehr als zehn Jahren mit einer Reihe hochentwickelter Schadsoftware weltweit spioniert. Ziele waren Privatpersonen, Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche, Forschungseinrichtungen und Regierungsorganisationen. In der Schweiz waren gemäss Kaspersky Privatpersonen betroffen.

- Im November 2014 machte die amerikanische Firma Symantec Corp. die Schadsoftware Regin publik. Regin erlaubt es, sowohl



Ausgewählte Spionagekomplexe 2001 bis heute. Oberhalb der Zeitachse ist die Zeitdauer abgebildet, in denen ein Spionagekomplex aktiv war. Auf der Zeitachse ist das Datum abgebildet, wann ein Spionagekomplex entdeckt/öffentlich gemacht wurde. Die Fälle mit fettgedrucktem Namen werden im Bericht näher erläutert.

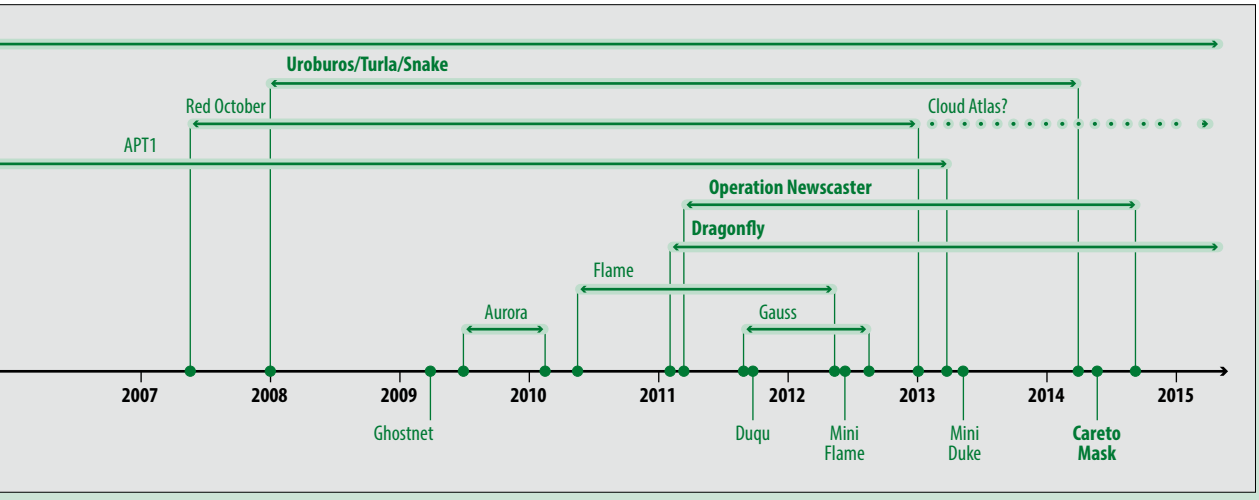
in eine Netzinfrastruktur (Router) wie auch in GSM-Mobilnetze einzudringen. Regierungsorganisationen, Betreiber kritischer Infrastrukturen, Unternehmen, Forscher, aber auch Private werden als mögliche Ziele erachtet. In der Schweiz wurden bisher keine Opfer festgestellt.

- Im Februar 2014 berichtete Kaspersky über die Operation Careto, die bereits seit 2007 laufen soll. Die – auch in der Schweiz festgestellten – Opfer stammten aus dem öffentlichen (Regierungen, diplomatische Vertretungen) und privaten (Energie, Forschung, Finanzen) Bereich.

- Seit März 2014 wurden mehrere Operationen festgestellt, die ein Interesse an der Ukraine zeigten (Sofacy, Sandworm, Uroburos-Turla-Snake). Die jeweils eingesetzte Schadsoftware ist komplex, technisch teilweise miteinander verwandt oder aus cyberkriminellen Zusammenhängen bekannt. Die Operationen richteten sich hauptsächlich gegen im militärischen Bereich aktive Institutionen in Europa beziehungsweise gegen die Nato und verfolgten Spionageabsichten. Die Schweiz gehörte zu den Betroffenen.

- Mit der Operation Newscaster gelang es einer Hackergruppe mittels Spearphishing, während drei Jahren über 2'000 Computer zu infizieren. Zielpersonen waren vor allem militärische und politische Kader in den USA und in Israel.

- Die Operation Dragonfly, auch bekannt unter den Namen Energetic Bear oder Crouching Yeti, ist seit 2011 aktiv. Die Schadsoftware (Havex, Sysmain, Karagany oder Oldrea) hat keine hohe Komplexität, wird aber laufend weiterentwickelt und gezielt eingesetzt. Die Angreifer arbeiteten etwa mit Spearphishing oder Drive-by-Infektionen; es gelang ihnen aber auch, Updatesoftware für Industriesteuerungsanlagen mit ihrer Schadsoftware zu ergänzen. Industriesteuerungsanlagen und Forschungseinrichtungen im Energiesektor sind im Fokus von Dragonfly, betroffen wurde auch die Schweiz. Als Täterschaft wird eine staatlich finanzierte Gruppe von Kriminellen vermutet. Die Operation ist primär auf Spionage ausgelegt, aber es sollte in den Zielsystemen und -netzwerken auch die Möglichkeit für spätere Sabotageakte geschaffen werden. Bisher ging der Einsatz jedoch – soweit bekannt – nicht über Spionage hinaus.



BEURTEILUNG

Verletzlichkeit der Informationstechnologie

In einigen wenigen Ländern gibt es politische Diskussionen und Initiativen, die zum Ziel haben, die Spionageaktivitäten zu beschränken. Die diskutierten Massnahmen sind grösstenteils auf die Stärkung des Schutzes der Grundrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger limitiert und sehen keine Verminderung der Spionageaktivitäten im Ausland vor. Damit bleibt das Vertrauen gerade in die IKT-Unternehmen dieser Länder angeschlagen, und es ist damit zu rechnen, dass Sicherheitsaspekte zu Wettbewerbsverschiebungen auf den internationalen Märkten führen werden. Konflikte sind dabei vorauszusehen, etwa in Form gerichtlicher Auseinandersetzungen um Auftragsvergaben im Rahmen der Welthandelsorganisation. Bestehen bleibt jedoch die Abhängigkeit heutiger Gesellschaften und Staaten von IKT und damit die Abhängigkeit von den technologischen Leitstaaten. Diese Länder mit technologischen Schlüsselkompetenzen bleiben, sofern sie auch über grosse Nachrichtendienste verfügen, potenzielle Urheber breit angelegter Spionageaktivitäten.

Advanced Persistent Threats und Social Engineering

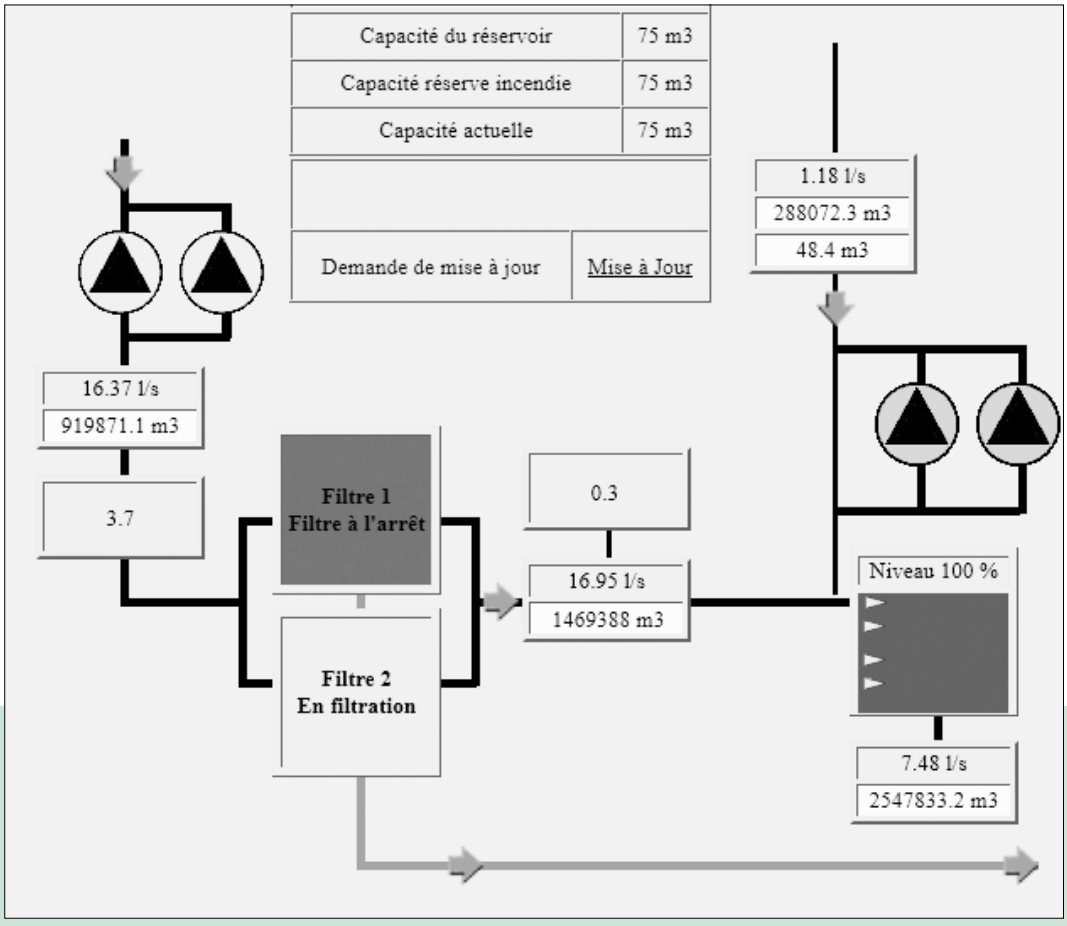
Gezielte Cyberangriffe wie die Advanced Persistent Threats setzen Kenntnisse des Ziels voraus, zumindest anfangs, wenn es darum geht, die Schadsoftware in einem System zu installieren. Die Verbreitung der Schadsoftware kann via Internet geschehen. Hierbei muss von den Angreifern darauf geachtet werden, dass die Attacke nicht erkannt wird. So wurden im Fall Careto via Spearphishing E-Mails verteilt, die auf das Opfer zugeschnittene und speziell für den Angriff generierte Links auf Schadsoftware enthielten. Die URL imitierten Tageszeitungen wie „The Guardian“ oder die „Washington Post“. Newscaster operierte mit legendierten falschen Profilen in grösseren sozialen Netzwerken; die Schadsoftware wurde erst via E-Mail verteilt, wenn das Vertrauen der Zielpersonen gewonnen war. Die Verbreitung kann aber auch physisch geschehen, indem ein Agent sich Zugang zu einem Computer verschafft, der sich in diesem Netz befindet, und diesen manipuliert. Aus den Snowden-Daten stammt der Hinweis auf eine Vorgehensweise der Organisationseinheit Tailored Access Operations der NSA: Sie sollen per Post verschickte Netzwerk- oder Peripheriegeräte abgefangen und mit Spionagetechnik präpariert haben.

Die Steuerung der Schadsoftware erfolgt über Botnetze beziehungsweise über die Kontrollserver in diesen Netzen (Command and Control Server). Botnetze verbinden mit Schadsoftware infizierte Computer und dienen kriminellen Zwecken oder der Spionage. Die Anzahl der von der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) in der Schweiz festgestellten Command and Control Server ist 2014 gestiegen; es wurden auch Infrastrukturen festgestellt, die gezielten Angriffen auf Regierungsorganisationen dienten.

Rechts:
Beispiel einer öffentlich zugänglichen Plattform einer Wasserversorgung in der Schweiz

Sicherheitslücken

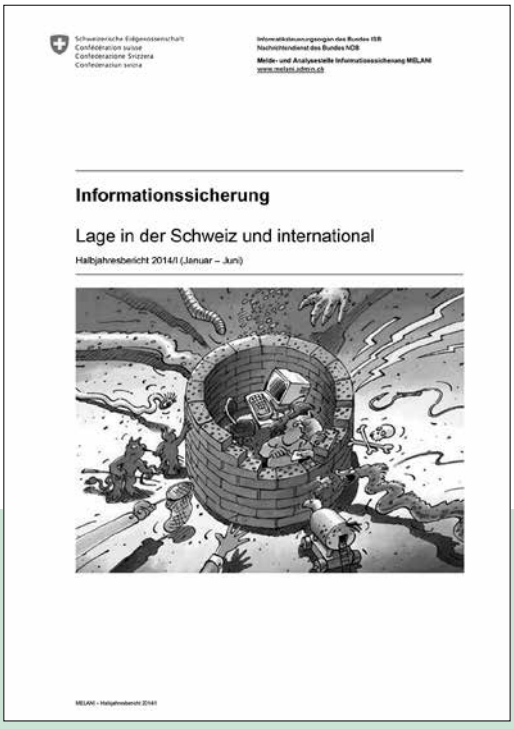
Direkt oder indirekt waren unzählige Internetnutzer von einer Lücke der Verschlüsselungsbibliothek OpenSSL betroffen. Die Lücke wurde im April 2014 publik und bestand während zwei Jahren. Solche Sicherheitslücken werden nicht nur von Kriminellen zu Profitzwecken genutzt, sondern können auch Nachrichtendiensten zur Spionage dienen. So hat die NSA offenbar Sicherheitslücken zur Spionage verwendet, entsprechend wurden die Lücken nicht oder allenfalls verzögert gemeldet. Dass Sicherheitslücken von denjenigen – seien es Kriminelle oder Nachrichtendienste –, die sie ausnutzen wollen, nicht publik gemacht werden, ist nicht erstaunlich. Zunehmend spielen aber auch kommerzielle Interessen beim Finden von Sicherheitslücken eine Rolle. Das Finden einer Lücke hat einen gewissen Wert, immerhin wird hier vom Finder eine Aufgabe übernommen, die eigentlich von der Herstellerfirma wahrgenommen werden sollte. Bereits jetzt gibt es Firmen, die solche Informationen beschaffen und dann an Anwender und Hersteller verkaufen. Diese Kommerzialisierung birgt die Gefahr, dass zum einen Sicherheitslücken aus Kostengründen nicht mehr behoben werden und zum anderen das Wissen um eine Lücke in die Hände von Kriminellen gelangt. Ein Leitfaden, der die Rechte und Pflichten der Finder, aber auch der betroffenen Herstellerfirma regelt und zum Beispiel auch Möglichkeiten präsentiert, wie der Wert einer Sicherheitslücke definiert werden kann, wäre ein Mittel, diesem Trend zu begegnen (Responsible Disclosure).



AUSSICHTEN

Massnahmen gegen erkannte Spione, politische Erwägungen

Neben einer langwierigen und komplexen Strafverfolgung und gezielten Präventionsmassnahmen hat die Schweiz die Möglichkeit, ihre ausländerrechtlichen Regelungen gegen erkannte Spione anzuwenden. Je nachdem werden diese Mittel diskret eingesetzt oder aber mit entsprechender Signalwirkung öffentlich. So kann die Schweiz den Herkunftsländern nachrichtendienstlich tätiger Funktionäre die Rechtslage mit dem Ziel erläutern, dass diese Funktionäre abgezogen werden. Einem erkannten Spion kann eine diplomatische Akkreditierung oder das Visum verweigert oder gegen ihn ein Einreiseverbot ausgesprochen werden. Er kann – falls es sich um einen Diplomaten handelt – zur Persona non grata erklärt werden. Zwar werden regelmässig gegen Personen aus verschiedenen Staaten solche Massnahmen ergriffen. Diese müssen aber immer wieder gegen andere politische Interessen der Schweiz abgewogen werden. So kann die Anwesenheit erkannter Nachrichtendienstoffiziere in der Schweiz bewusst akzeptiert werden, etwa im Zusammenhang mit internationalen Organisationen oder Verhandlungen, die in der Schweiz geführt werden. Der Erfolg solcher Verhandlungen kann von höherem politischem Interesse sein und damit schwerer wiegen als sicherheitspolitische Bedenken.


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Informationssteuerungsorgan des Bundes ISB
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI
www.melani.admin.ch

Informationssicherung

Lage in der Schweiz und international

Halbjahresbericht 2014/I (Januar – Juni)

MELANI – Halbjahresbericht 2014/I

Der Halbjahresbericht von Melani ist im Internet verfügbar (www.melani.admin.ch)

Wichtige Rolle der Prävention

Auch in Zukunft wird verbotener Nachrichtendienst gegen wirtschaftliche, politische und militärische Interessen betrieben werden, auch in der Schweiz. Dies erklärt sich mit dem hohen technologischen Standard der Schweizer Industrie, dem internationalen Forschungsstandort, der UNO und anderer internationaler Gremien, dem Finanzplatz, dem Energie- und Rohstoffhandel usw. Da zudem Aufklärung und Strafverfolgung im Bereich des verbotenen Nachrichtendiensts langwierig, komplex und der internationalen Rechtshilfe entzogen sind, kommt der Prävention eine wichtige Rolle zu: potenzielle Ziele müssen um die Bedrohung wissen und ihrerseits verantwortlich handeln, um Spionage abzuwehren.

Der NDB ist gesetzlich beauftragt, Präventionsmassnahmen gegen Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste gegen Schweizer Interessen zu ergreifen. Zur Prävention gehören auch Analysen, die Zusam-

menhänge zwischen einzelnen Ereignissen im Cyberspace erkennbar machen, da sie es erlauben, die Bedrohung zu erkennen und so adäquate Massnahmen zu treffen. Unter dem Namen Prophylax sensibilisiert der NDB in Zusammenarbeit mit den kantonalen Nachrichtendienststellen seit Jahren Unternehmen sowie Forschungs- und höhere Bildungsinstitute für die Risiken nicht nur des verbotenen Nachrichtendiensts, sondern auch der Proliferation. Derzeit wird der Schwerpunkt auf Hochschulinstitute im Bereich Spitzentechnologie gelegt, während Unternehmen in proliferationsrelevanten High-Tech-Bereichen seit Beginn von Prophylax sensibilisiert werden. Das spezifisch auf die Forschung in der Schweiz ausgerichtete Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Technopole dient in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen dem Kampf gegen verbotenen Nachrichtendienst, Informationsabfluss und Proliferation. Unter dem Stichwort „Wirtschaftsschutz", der Schutz vor Spionage und Kriminalität umfasst, sind namentlich in Deutschland und Österreich Bestrebungen im Gang, bei der Prävention und der Sensibilisierung von Unternehmen enger und grenzübergreifend zusammenzuarbeiten.

Schliesslich hat der Bundesrat bereits im Juni 2012 eine nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS) und eine Strategie zum Schutz der kritischen Infrastrukturen (SKI) verabschiedet und im Mai 2013 den Umsetzungsplan zur NCS gutgeheissen. Die 16 Massnahmen der NCS und die 15 Massnahmen der SKI sind aufeinander abgestützt bis 2017 umzusetzen. Ausserdem wird der Bundesrat aufgrund einer Motion des Ständerates für längstens drei Jahre eine Expertenkommission zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit einsetzen. ■

Konflikte im Cyberspace

Der Konflikt in der Ukraine wird auch im Cyberspace ausgetragen. Neben den oben erwähnten Spionageangriffen wurden die ukrainische Regierung, ukrainische Parlamentarier, Webseiten des Kremls und der Nato zum Ziel von Angriffen. Die Beispiele dafür, dass Konflikte jeweils auch im Cyberspace ausgetragen werden, sind zahlreich. Angriffe auf die Verfügbarkeit oder die Verunstaltung von Internetseiten als Teil der Konfliktaustragung sind gang und gäbe; von ganz anderem sicherheitspolitischem Gewicht sind Möglichkeiten, wie sie bei den Ausführungen zur Operation Dragonfly erwähnt wurden.

Abkürzungsverzeichnis

ALF ..... Animal Liberation Front
AQAH ..... al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM ..... al-Qaida im islamischen Maghreb
BBl ..... Bundesblatt
BWIS ..... Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit
EDA ..... Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
GCHQ ..... Government Communications Headquarters
Humint ..... Human Intelligence
IAEA ..... Internationale Atomenergiebehörde
IKT ..... Informations- und Kommunikationstechnologie
ISI ..... Islamischer Staat im Irak
ISIS ..... Islamischer Staat im Irak und in Syrien
LTTE ..... Liberation Tigers of Tamil Eelam
Nato ..... North Atlantic Treaty Organisation
NCS ..... Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken
NDG ..... Nachrichtendienstgesetz
NSA ..... National Security Agency
Osint ..... Open Source Intelligence
Pegida ..... Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands
PKK ..... Arbeiterpartei Kurdistans
RAZ ..... Revolutionärer Aufbau Zürich
SKI ..... Strategie zum Schutz der kritischen Infrastrukturen
SRI ..... Secours Rouge International
StGB ..... Schweizerisches Strafgesetzbuch
USBV ..... unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
WEF ..... Weltwirtschaftsforum / World Economic Forum
ZNDG ..... Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes

Redaktion

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss

Februar 2015

Kontaktadresse

Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
Telefon: +41 (0)58 463 95 84
www.ndb.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
E-Mail: verkauf.zivil@bbl.admin.ch
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.15d
ISSN 1664-4670

Copyright

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2015